

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1925**

324 (16.7.1925) Abendausgabe

# Karlsruher Tagblatt

## Industrie- u. Handelszeitung

und der Wochenschrift „Die Pyramide“

S gegründet 1803

Bezugspreis halbjährlich M. 1.50 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt M. 1.40. Durch die Post bezogen monatlich M. 2.00 einschließlich Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt bei der Zeitung keine Ansprüche bei verspäteter oder nichterfolgter Zustellung. Einzelverkaufpreis: Blatt 10 Pf., Sonntags 15 Pf. Anzeigensatzung: für die 9-spaltige Normspaltenzeile oder deren Raum 25 Pf., auswärts 30 Pf., Anzeigenzeile 50 Pf., an erster Stelle 90 Pf., bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei der Nichterfüllung des Zeitungszieles, bei geschl. Bezahlung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Gelegenheits- und Familienanzeigen sowie Stellenangebote ermäßigt. Preis: 10 Pf. Anzeigen, Unterhaltung, Sport, Technik, Frauen, Wandern, Jagd, Landwirtschaft und Garten, Schach, Jugend, Meer und Luft, Landwirtschaft und Garten, Schach, Jugend, Meer und Kolonien, Lesefreie, Literatur.

Verantwortlich für Politik: J. Ehrhard; für den Nachrichtenstand: H. Wolf; für Wirtschaftspolitik: Dr. S. Wiffert; für den Handel: S. Kippel; für Stadt, Baden, Nachbargebiete und Sport: S. Gerhardt; für Feuilleton und „Pyramide“: R. Jahn; für Musik: H. Juchacz; für Technik: Dr. Ing. R. Eisenberg; für die Frauenbeilage: Frau Dr. G. Zimmermann; für Literatur: S. Schriever; für die 9-spaltige Normspaltenzeile oder deren Raum 25 Pf., auswärts 30 Pf., Anzeigenzeile 50 Pf., an erster Stelle 90 Pf., bei Wiederholung Rabatt nach Text, bei der Nichterfüllung des Zeitungszieles, bei geschl. Bezahlung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Gelegenheits- und Familienanzeigen sowie Stellenangebote ermäßigt. Preis: 10 Pf. Anzeigen, Unterhaltung, Sport, Technik, Frauen, Wandern, Jagd, Landwirtschaft und Garten, Schach, Jugend, Meer und Luft, Landwirtschaft und Garten, Schach, Jugend, Meer und Kolonien, Lesefreie, Literatur.

### Das Moskauer Justizverbrechen. Verteidigungsversuche der russischen Justiz.

WTB, Moskau, 15. Juli.  
Die Moskauer Presse veröffentlicht Darlegungen der Russischen Telegraphen-Agentur, die sich mit den Erklärungen des Wolffschen Telegramm-Büros vom 10. Juli zu dem Moskauer Studenten-Prozess befassen. Die Russische Telegraphen-Agentur erklärt hierin zu der Frage der Zulassung deutscher Anwälte, daß bis zu einer am 18. Juni abgehaltenen Vorlesung des Obersten Gerichtshofes weder seitens der Angeklagten noch seitens der deutschen Volkspartei ein Ersuchen um Zulassung deutscher Anwälte zur Verteidigung bei den Sowjetbehörden eingegangen sei.

Hierzu ist zu bemerken, daß die deutsche Volkspartei in Moskau bereits seit dem 22. April erfolgreich bemüht gewesen ist, die Zulassung eines deutschen Verteidigers für die Angeklagten herbeizuführen, wovon diese am 19. Juni jedoch noch keine Kenntnis hatten. Die Russische Telegraphen-Agentur erklärt ferner, daß der Oberste Gerichtshof die Frage der Zulassung deutscher Verteidiger in dem Sinne gelöst hätte, daß nach einem Uebereinkommen mit der deutschen Volkspartei die Angeklagten das Recht auf freie Wahl der Verteidiger aus der Mitte der Mitglieder der Moskauer Anwaltskammer erhalten hätten. Hierzu ist zu bemerken, daß diese Uebereinkommen erst getroffen wurde, nachdem bereits am 18. Juni der die deutsche Volkspartei ausschließende Gerichtsbeschluss gefasst worden war.

Die Russische Telegraphen-Agentur erklärt ferner, daß die Mitteilung dieses der Zulassung deutscher Anwälte ausschließenden Beschlusses am gleichen Tage — am 18. Juni — an die deutsche Volkspartei durch das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten erfolgt sei und nicht erst am 18. Juni seitens der deutschen Volkspartei zur Folge gehabt hätte.

Hierzu ist zu bemerken, daß tatsächlich die deutsche Volkspartei sofort mündlich und am 20. Juni auch schriftlich Bewahrung eingelegt hat.

Die Russische Telegraphen-Agentur erklärt ferner, daß, nachdem die gewählten Verteidiger die Uebnahme des Mandats abgelehnt hätten, sich der Oberste Gerichtshof, da bis zum 22. Juni 6 Uhr abends von der deutschen Volkspartei keine Mitteilung eingegangen sei, genehmigt gegeben habe, gemäß § 243 der Strafprozessordnung der Sowjetunion die von der Moskauer Anwaltskammer bestellten neuen Verteidiger zu bestätigen.

### Der neue Kurs in Frankreich.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes“.)  
S. Paris, 16. Juli.  
Die Frage, ob die Abstimmung über das von der Regierung Painlevé geforderte Vertrauensvotum in der Kammer eine neue Mehrheit und damit eine neue Politik einleiten wird, beschäftigt augenblicklich die öffentliche Meinung in Frankreich. Die Rechtspresse ist der Ansicht, daß das Kartell aufgehört hat, in der Kammer die Mehrheit zu besitzen und ist mit dem Ministerpräsidenten Painlevé sehr zufrieden. Das „Journal de Débat“ schreibt: „Painlevé's großes Verdienst ist, daß er sich nicht Partei genommen hat, sondern den Notwendigkeiten des Augenblickes überlassen habe. Im übrigen sucht das Blatt darzutun, daß das Kartell nichts als eine vorübergehende Wahlkombination gewesen sei und vergeblich ein ganzes Jahr lang verjagt habe, eine politische Vormachtspartei zu werden. Die linksstehenden Mütter dagegen betonen, daß die Mehrheit nur eine vorübergehende gewesen sei, und daß man von dem Teil, der dem Kartell angehört, Abgeordneten, die für die Regierung gestimmt hätten, doch unmöglich annehmen könne, daß sie nunmehr Millerand oder Poincaré zu Führern gewählt hätten. Die Presse des Kartells erhofft von den bevorstehenden Kommunalwahlen einen neuen Sieg.“

### Die deutsche Antwort an Briand.

Pr. Berlin, 16. Juli.  
Den Blättern zufolge wird Reichskanzler Dr. Brüning heute im Laufe des Tages die Führer der Parteien zu einer Aussprache über die deutsche Antwortnote auf den Sicherheitspakt empfangen. Auch die Parteiführer der Demokraten und Sozialdemokraten sind geladen. Wie der „Vorwärts“ wissen will, ist die Abänderung der Note für Samstag in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung der Note werde gleichzeitig in Berlin und Paris am Dienstag erfolgen.

### Chamberlain weiß nichts.

WTB, London, 16. Juli. Im Unterhause fragte Bedwood Benn, wann es beabsichtigt sei, die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort durch die alliierten Truppen zu beenden. Chamberlain erwiderte, die drei Städte seien augenblicklich von französischen und belgischen Truppen besetzt. Er habe keine Informationen darüber, wann es beabsichtigt sei, sie zu räumen.

### Neue, schwere Wohnungsfordernungen im besetzten Gebiet.

WTB, Landau, 16. Juli. Die Stadtverwaltung Landau hat von der französischen Besatzungsbehörde Befehl erhalten, außer den fünfzig angeforderten 45 Wohnungen 180 möblierte Zimmer zur vorläufigen Unterbringung von französischen Offizieren und Offiziersfamilien bis zum Freitag dieser Woche bereitzustellen. Die Bereitstellung bereitet der Stadtverwaltung die allergrößten Schwierigkeiten.

### Die Beratung der Einkommensteuer. Der Begriff: Werbungskosten. — Der Abzug von Versicherungsprämien.

Berlin, 15. Juli. Im Stenenausschuß des Reichstages begann heute die zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes. Von Regierungsseite wurde mitgeteilt, daß die bisherigen Steuerermäßigungsbeschlüsse des Ausschusses insoweit einen jährlichen Steueranfall von 475 Millionen Reichsmark bewirken.

Unter den Änderungen, die der Ausschuß beim Einkommensteuergesetz in zweiter Lesung beschloß, ist eine Erneuerung des Begriffes der Werbungskosten und der abzugsfähigen Beiträge hervorzuheben. Als Werbungskosten wurden in den betreffenden Paragraphen bezeichnet: „Aufwendungen des Arbeitnehmers für Arbeitsmittel (Werkzeug und Berufskleidung) sowie Ausgaben für die Fortbildung in dem Beruf, den der Steuerpflichtige ausübt.“

Weiter wurde eine Vorschrift angenommen, wonach sich bei Steuerpflichtigen, deren Einkommen den Betrag von 15 000 M. und deren Vermögen den Betrag von 50 000 M. nicht übersteigt, bei Versicherungsprämien und Sparanlagen, zu denen sich der Steuerpflichtige in den Jahren 1925 und 1926 verpflichtet hat, der abzugsfähige Betrag von 480 auf 960 M. erhöht wird, wenn der Steuerpflichtige mehr als 50, aber nicht mehr als 55 Jahre alt ist; der Betrag erhöht sich auf 1200 M., wenn der Steuerpflichtige zwischen 55 und 60 Jahre alt ist, auf 1440 M., wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt ist. Dies gilt nicht, wenn der Steuerpflichtige einen Anspruch auf Ruhegehalt oder andere Bezüge von mehr als 2000 M. jährlich hat. Der Ausschuß vertagte sich sodann auf morgen.

### Die Einigungsversuche in der Zollpolitik.

TU, Berlin, 16. Juli.  
Wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, sind die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei auf der Basis übereingekommen, daß an den Mindestzöllen festgehalten werden soll. Auf diesem Wege wird das Zentrum nicht folgen. Am Sonntag hat eine Besprechung der christlichen Gewerkschaften stattgefunden, die sich einmütig gegen die Mindestzölle ausgesprochen haben. Die Zentrumsfraktion hat zu der Frage noch keine Stellung genommen, da sie zuvor das Endergebnis dieser Besprechungen abwarten will. Doch erwartet man mit Bestimmtheit, daß die Fraktion sich den Standpunkt der christlichen Gewerkschaften zu eigen machen wird, da die Haltung des gewerkschaftlichen Flügels der Fraktion ausschlaggebend ist.

### Flugzeugunglück.

WTB, Katowitz, 15. Juli. Gestern nachmittags nach 5 Uhr ereignete sich auf dem Flugplatz Panawitz ein Flugzeugunglück. Ein in Königshütte erbautes Flugzeug stürzte auf einem Probeflug aus 50 Meter Höhe ab und wurde vollständig zertrümmert. Der Führer Kowalsky brach beide Beine und erlitt auch innere Verletzungen. Sein Zustand ist hoffnungslos.

### Die Folgen des deutsch-polnischen Zollkriegs. Drohende Arbeitslosigkeit in Polnisch-Oberschlesien.

TU, Warschau, 16. Juli.  
Wie aus Warschau gemeldet wird, sprachen gestern beim polnischen Arbeitsminister Vertreter der ober-schlesischen freien Gewerkschaften vor, die erklärten, daß bei einem fortdauernden Zollkrieg mit Deutschland nur 30 000 Arbeiter Beschäftigung finden könnten, die übrigen 180 000 aber arbeitslos würden. Die Gefahr sei groß. Die Abordnung begab sich auch zu mehreren Abgeordneten des Sejm, um durch sie auf die Regierung im Sinne einer Beilegung des Zollkonfliktes einzuwirken, denn die Aufrechterhaltung der ober-schlesischen Industrie erfordere diese Maßnahme.

### Deutschland und Polen vor dem Haager Schiedsgericht.

E. Haag, 16. Juli. Der Internationale Gerichtshof in Haag wird am nächsten Donnerstag eine Sitzung abhalten, um die Beschwerden entgegenzunehmen, die Polen bei diesem Gerichtshof erhoben hat gegen den Antrag Deutschlands, eine Entscheidung zu treffen über die deutschen Interessen in Polen, namentlich in Oberschlesien. Polen behauptet nämlich, der Internationale Gerichtshof sei in dieser Angelegenheit nicht zuständig. Deutschland wird bei dieser Gelegenheit von Prof. Erich Kaufmann von der Bonner Universität vertreten sein, Polen von dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes in Warschau, Mrozowski.

### Regierungskrise in Prag.

WTB, Prag, 15. Juli.  
In der Tschechoslowakei ist infolge des kirchlich-politischen Parteienkampfes eine alte Koalitions- und Regierungskrise ausgebrochen. Die Tschechische Nationalistische Partei, welche der Regierungsmehrheit angehört, besteht auf der Einbringung einer dringlichen Interpellation über die infolge der Fußfeiertage erfolgten Abreise des päpstlichen Nuntius. Da die Regierung eine parlamentarische Behandlung der Frage vermeiden wollte, Außenminister Dr. Beneš aber mit seinen jüngsten Darlegungen bei der Nationalsozialistischen Partei, der er selbst angehört, nicht durchdrang, hat der Führer der Partei, Ministerpräsident Ströhm, nunmehr demissioniert. Außenminister Beneš wird ungeachtet seiner Mitgliedschaft zur tschechischen Nationalsozialistischen Partei im Amt bleiben. Ob der dritte Vertreter der Partei im Kabinett, Minister Franke, aus dem Amt scheidet, ist noch nicht bekannt, da er sich in Urlaub befindet.

### Neue Finanzmishwirtschaft?

TU, Berlin, 16. Juli.  
Nach dem „Lokalanzeiger“ hat der bayerische Ministerpräsident Dr. Held gestern eine Besprechung mit dem Reichskanzler gehabt. Die Länder seien dem Vernehmen nach ohne weitere Konzessionen des Reichsfinanzministers nicht geneigt, dem Finanzansatz gleich zuzustimmen und man mühe mit einem Einspruch des Reichsrates rechnen. In diesem Falle würde am 1. Oktober eine weitere provisorische Regelung des Finanzausgleiches notwendig sein. Der Reichsfinanzminister sei zu Konzessionen nicht geneigt, da er durch die Mehrbewilligung der Ausschüsse Schwierigkeiten hat, den Etat zu balancieren. Es drohe jetzt bereits gegenüber der ursprünglichen Aufstellung ein Fehlbetrag von etwa einer Milliarde, so daß Erhöhungen an den Ausschubemilligungen und andererseits Steuererhöhungen unvermeidlich scheinen.

### Neue Betriebsstilllegungen im Ruhrgebiet.

WTB, Essen, 16. Juli. Die Verwaltung der Zeche „Adler“ hat heute der Belegschaft durch Anschlag zur Kenntnis gebracht, daß sie infolge der andauernden Verschlechterung der Abfahrungsverhältnisse gezwungen sei, den Betrieb einzustellen und der gesamten Belegschaft zum 31. Juli zu kündigen. Von der Kündigung werden etwa 600 Arbeiter und 60 Angestellte betroffen. Zu der bereits vor einigen Tagen gebrachten Meldung über die erfolgte Betriebsstilllegung verchiedener Zechenbetriebe der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft erfährt das W.T.B. noch, daß sich die Verwaltung der Gesellschaft infolge der Abfahrnisse genötigt sieht, je einen Hohen der Gelsenkirchener Werke sowie der Vulkanhütte in Duisburg außer Betrieb zu setzen, so daß künftig von neun Hohen der Gesellschaft nur noch zwei unter Feuer stehen würden. Auch das Kürener Werk der Gesellschaft erfährt eine erhebliche Einschränkung.

### Erhöhung des Banknotenumlaufes in Italien.

TU, Berlin, 15. Juli. Aus Rom wird gemeldet, daß die Bank von Italien beschloffen hat, den Banknotenumlauf um 1060 Milliarden zu erhöhen, um den Forderungen des Handels gerecht zu werden.

### Das neue Italien.

Die nachstehenden Ausführungen gründen sich auf das jüngst im Verlag Bed in München erschienene Buch „Der Faschismus“ von J. W. Mannhardt. Die Ausführungen lassen die hervorragende Bedeutung der Persönlichkeit Mussolinis erkennen, der trotz aller Gegenströmungen seine Stellung weiter auszubauen versteht. Wenn dies auch im ganzen betrachtet bisher mit wachsendem Grade gescheit ist, so bleibt doch zu beachten, daß dem italienischen Diktator außerpolitische Prüfungen, wie sie kein spanischer Kollege zu durchlaufen hat, bisher erpart haben. Innerpolitisch wird Mussolini gerade jetzt vor entscheidungsvollen Proben gestellt, in denen er sein Können und den ausfallgebenden Einfluß seiner Persönlichkeit zu beweisen haben wird. Tatsache bleibt jedenfalls, daß er der Dobra des Sozialismus den Garaus gemacht und dem Steigebogen des nationalen Gedankens im geeinigten Italien neue Wege gewiesen hat.

### Der Faschismus.

I.  
Wenn wir Deutsche uns mit dem Faschismus beschäftigen, so muß von vornherein ein Irrtum vermieden werden: derjenige, als ob der Faschismus mit seiner Betonung des Grundgesetzes der Vaterlandsliebe und Pflichterfüllung irgend welche Sympathien für deutsches Wesen hätte. Im Gegenteil! Hat der Faschismus auch nicht selten sich deutscher Mutter für seine Verwaltungstätigkeit bedient wie z. B. insbesondere auf dem Gebiet des Erziehungswesens, so steht er doch in der Person seines Schöpfers und Repräsentanten, Mussolini, Deutschland mehr oder weniger feindselig gegenüber. Während des Krieges war Mussolini in Italien einer der Hauptstörer gegen Deutschland, und größenteils auf sein Konto fällt das Aufgeben der Neutralität und der Anschluß an die Entente, wozu sich Italien verträufelungsweise entschlossen hat. Er schätzte auch den einzelnen Deutschen in seinem Lande nicht, die „Nichtstuer mit dem verhassten Bäder“, wie er sie nannte. Und später bei dem „Krieg im Frieden“, wie er seit 1918 in Europa geführt wird, hat Italien bei allen wichtigen Entscheidungen gegen Deutschland gestimmt und sich auf Frankreichs Seite gestellt. Ganz besonders gehässig zeigte und zeigt sich der Faschismus gegen deutsches Volkstum aber in Südtirol. Dieses unglückliche Land, das durch den Frieden von Versailles an Italien abgetreten werden mußte — zum Lohn der Pfaffen von der Selbstbestimmung der Völker —, ist seitdem von der faschistischen italienischen Regierung in einer Weise brutalisiert worden, wie sie nicht nur allen bei der Einverleibung gegebenen hochtönenden Versprechen, sondern jedem zivilisierten menschlichen Empfinden ins Gesicht schlägt. Der Faschismus zeigt dabei, daß er den Gedanken des wütlichen Staates nur für sich, aber niemals gegen sich gelten lassen will. Sonst könnte die lächerliche Klage, als ob Südtirol italienisches Gebiet wäre, nicht allen Entsetzten von Italien vertreten werden.

Betrachten wir daher den Faschismus nicht vom Standpunkte der deutschen Interessen, aus denen heraus man zu seiner Ablehnung kommen müßte, sondern vom Standpunkte der Interessen Italiens selbst. Welchen Einfluß hat der Faschismus für Italien gehabt? Und wie kam es dazu überhaupt?

Seinen letzten Ausbruch hat der Faschismus in dem von Mussolini regierten Staate gefunden. Die Person Mussolinis ist mit dem Faschismus aufs allerengste, ja untrennbar verknüpft. Die Aufgabe, Volk und Staat in Italien emporzuführen, war dringend genug. Was hatte das vorfaschistische Italien geleistet? Von den Aufgaben, die zu lösen waren, waren wenige angepackt, keine durchgeführt worden. Die Regierung wechelte dauernd; innerhalb 50 Jahren gab es allein 44 Finanzminister! Unter Beamten und Parlamentariern herrschte schlimme Korruption. Die Achtung vor dem Gesetz fehlte. Die Strafrechtspflege war mangelhaft. Das Heer galt als nicht vollwertig und nicht diszipliniert. Die Finanzverwaltung befand sich erst seit Anfang dieses Jahrhunderts. Die Universitäten waren mit wenigen Ausnahmen weder Hochstätten der Wissenschaft, noch solche der Führerausbildung. Die Auswanderung hatte eine außerordentliche Zunahme erfahren, obwohl in Italien selbst noch sehr viel totes Land der Nutzung hätte angeführt werden können. So sah das vorfaschistische Italien aus.

Die Gründe für diese Zustände näher darzulegen, würde hier zu weit führen. Wir müssen uns mit der Feststellung begnügen, daß es der Faschismus war, der es sich zur Aufgabe machte, die Uebelstände zu beseitigen, zu beseitigen nicht durch planmäßige Entwicklung, sondern, wo es not tat, mit Feuer und Schwert.

Was bedeutet nun der Faschismus? Seine Wurzeln liegen zum Teil in der Idee der Einheit des italienischen Volkstums, die den Schutz und die Erhaltung der zahlreichen ausgewanderten Italiener, dann aber auch die staatliche Angleichung der „unerlösten Brüder“ an der Nordgrenze gegen Österreich und die Schweiz, in Sizilien, auf Korsika, in

Die heutige Abendausgabe unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Tunis und auf Malta sowie Siedlungsland für den Bevölkerungsüberschuß unter italienischer Flagge verlangte. Zum andern Teil kam dem Faschismus der wirtschaftliche Aufschwung zustatten, den Italien etwa seit 1900 genommen hatte und der nach neuen Absatzgebieten für italienische Waren verlangte. Die Ergebnisse des Weltkrieges bedeuteten auch in wirtschaftspolitischer Hinsicht einen Schritt vorwärts für Italien. Dazu kamen aber vor allem die auch in Italien nicht mächtiger werdenden Lehren des Nationalismus, die eine neue Staatsauffassung hervorbrachten und forderten, die äußere über die innere Politik zu stellen und Italien möglichst stark zu machen. Die Nationalisten waren Befürworter des Krieges. Während des Weltkrieges erwies sich ein Verhalten in der Neutralität für Italien bald als praktisch unmöglich und die Frage war nur, ob das Ziel „Trento Trieste“ sicherer durch Anschluß an die Zentral- oder an die Westmächte zu erreichen war.

Nach dem Weltkriege war es nun Mussolini, der den neuen Strömungen geistigen Lebens und Erlebens Richtung gab. Wer denkt dabei nicht an das Bismarckwort von dem Gipfel des Gewandes, das dem Staatsmann nur vergönnt ist zu ergreifen, wenn die Göttin der Geschichte dazuschreitet? Mussolini packte an diesem Gipfel kräftig an, als er seine Stunde gekommen sah, und begann ein Werk, hinter dem ein gewaltiges Ziel stand. Wie aber kam er, der radikale Sozialist, der wegen seines Sozialismus aus der Schweiz und aus Oesterreich ausgewiesen worden war, dazu, sich zum Träger nationaler Idee zu erheben? Noch nicht dreißigjährig, war er doch im Jahre 1912 Chefredakteur der führenden sozialistischen Zeitung Italiens, des „Avanti“ in Mailand, geworden. Im Frühling 1914 hatte er sogar einen sozialistischen Aufstand ins Werk gesetzt, der übrigens völlig scheiterte. Seine politische Befreiung erfolgte zu Anfang des Weltkrieges, als ihm klar wurde, daß ein Krieg auf der richtigen Seite für Italien zur Herbeiführung der unerlösten Gebiete führen müsse. Die Folge war, daß seine Partei ihn zwang, die Stellung beim Avanti niederzulegen. Bald darauf gründete er aber ein noch heute bestehendes eigenes Blatt „Il Popolo d'Italia“. Der Kriegsbejahung folgte das Aufgeben der Klassenkampfbildung und die Erhebung des Proletariats in seinem Denken und Fühlen durch das ganze Volk. Er erkannte den Grundirrtum des Sozialismus, der mit dem „Proletariat“ einen Teil aus dem Ganzen herausgenommen hatte, um ihn mit andern fremden Stücken zu einem Mosaik zusammenzusetzen, das doch nur ein Steinbauwerk werden konnte! Bereits im Dezember 1914 erklärte Mussolini: „Alle Argumente der Internationalisten sind deshalb auch der Sozialisten sind Illusionen und Sophismen“. Im gleichen Monat führte er das Wort von Guesde an, daß im Kriegsalte das Volk, das härter vom Sozialismus durchschlagen sei, das Opfer desjenigen werden würde, in dem der Sozialismus schwächer sei. „Damit hatte er den Sozialismus aufgegeben, wenn er auch noch wie vor sehr stark mit sozialem Dese gefärbt blieb.“

Da ihm nun die sozialistische Organisation nicht mehr zur Verfügung stand, ging er daran, sich nach ihrem Vorbild eine eigene Organisation zum Zweck der Kriegsvorbereitung zu schaffen. Diese Organisation nannte er „Fascio“ und jedes Mitglied sollte die Kriegslust im Hande weiter tragen. Die Organisation sollte die Straße aufsuchen, um die Regierung zum Krieg zu zwingen. Und als im Jahre 1918 eine äußerst bedenkliche Kriegsmüdigkeit in Italien herrschte, da war es Mussolini, der die Verzogenen aufrief und die Wölschigen in den Schatten stellte. Nach dem Kriege gründete er im März 1919 wieder einen Bund (Fascio), an dessen Spitze er stand; diesmal mit dem Ziel einer inneren Umwandlung des italienischen Volkes und einer äußeren Kräftigung des italienischen Staates. Die Ereignisse kamen Mussolini auf halbem Wege entgegen. In den Jahren 1919/20 folgten in Italien Streik, Terror und Generalstreik unablässig aufeinander. Im September 1920 besetzten die Sozialisten einen erheblichen Teil der Fabriken und eine Anzahl von großen und kleineren Gütern. Die Regierung wollte oder konnte nicht dagegen ein-

schreiten. Damit hatte sich der Sozialismus als härter erwiesen als die Staatsmacht. Nun ging Mussolini daran, an Stelle des kraftlosen Staates seinerseits die Macht der Sozialisten zu brechen. Gegen jede sozialistische Gewalttat unternahm die Faschisten eine „Strafexpedition“. Die Verluste an Toten gingen auf beiden Seiten in die Hunderte, aber der Erfolg war immer auf Seiten der Faschisten. Auch als am 1. Mai 1922 die Sozialisten die Arbeitsruhe auch auf die Eisenbahnen ausdehnen wollten, hielten die Faschisten den Betrieb aufrecht. Ebenso brachten sie einen von den Sozialisten am 31. Juli beschlossenen Generalstreik zum Scheitern. Den Uebergriffen der Sozialisten begegnete der Faschismus mit Energie und Erfolg, da der Staat selbst dazu zu schwach war.

Die Folge war ein ungeheurer Anlauf zu den Faschisten sowie die militärische Organisation der Faschisten. Nun kam auch als Uniform der Faschisten das schwarze Hemd in Anlehnung an Garibaldis Rothhemd allgemein auf. Ein einheitliches Oberkommando wurde geschaffen, ein Reglement erlassen, aus dem als charakteristisch angeführt seien die Sätze: „Der faschistische Soldat kennt nur Pflichten. Er hat das eine Recht, seine Pflicht zu erfüllen und sich ihr zu freuen.“

Nach der Auflösung der Kammer im Jahre 1921 wurden zwar nur 35 Faschisten gewählt. Eine außerordentliche Stärkung erfuhr der Faschismus aber, als ihm im Januar 1922 die auf syndikalistischer Grundlage neugegründeten Gewerkschaftsorganisationen zugeführt wurden. Im August 1923 erklärten die sozialistischen Gewerkschaften mit Zweidrittelmehrheit die Lösung jeder Verbindung mit der sozialistischen Partei, die Erhebung der Klassenkampftheorie durch die des völkischen Staates und die Verzichtnahme auf die faschistische Regierung zusammenzuarbeiten.

Bereits Ende September 1922 hatte der Faschismus eine außergewöhnliche Macht erlangt, die es Mussolini ermöglichte, seinen alten Plan zu verwirklichen und den liberalen Staat durch den neuen — faschistischen — Staat zu ersetzen. Der Faschismus sollte von einer illegalen Macht zur Staatsmacht werden. Ende Oktober machte die faschistische „Marsch“ — übrigens ohne Mussolini — ihren berühmten Marsch nach Rom, ohne von Militär oder Polizei behindert zu werden. Mussolini selbst war in Mailand geblieben, wo an ihn alsbald der Ruf des Königs erging, die Regierung zu übernehmen. Er hatte auf diesen Moment nur gewartet!

Von jetzt an war Mussolini Staatschef, blieb aber zugleich Duce der Faschisten. Es galt nun, das ganze Staatsleben nach faschistischen Grundsätzen umzugestalten. Die Monarchie wurde beibehalten. Die 300 000 Schwarzhemden wurden demobilisiert. Die eingeschüchterte Kammer unternahm nichts gegen den Faschismus, sondern gab im Gegenteil der neuen Regierung eine umfassende Vollmacht zu diktatorischen Maßnahmen, obwohl Mussolini sie geradezu mit Verachtung behandelt hatte. „Meine Herren, lassen Sie dem Volke nicht weitere nutzlose Schwärzereien aufrief er den Abgeordneten zu! Im Juli 1923 wurde auf Betreiben Mussolinis ein Gesetz über die Wahlreform von der Kammer genehmigt, durch das der Faschismus sich eine sichere Mehrheit im Parlament sicherte. Die Wäre, die die meisten, mindestens aber 25 Prozent aller im Lande abgegebenen Stimmen erlangt, erhält danach zwei Drittel aller Mandate; die anderen Stimmen erhalten zusammen das restliche Drittel. Im Januar 1924 löste Mussolini daraufhin die Kammer auf und beräumte Neuwahlen auf 6. April an. Da er mit Reichstafel auf 25 Prozent aller Wählerstimmen rechnen durfte, konnte der Erfolg nicht zweifelhaft sein. Er übertraf aber die höchsten Erwartungen, indem über zwei Drittel aller gültigen Stimmen auf den Faschismus fielen. Er erhielt beinahe 5 Millionen Stimmen, wogegen auf die Sozialisten nur etwas über 1 Million und die Popolari (Klerikalen) nur 650 000 Stimmen kamen; die verschiedenen liberalen und demokratischen Gruppen der Opposition bekamen zusammen etwa 600 000 Stimmen.“

### Die Abstimmung über die Hypothekenaufwertung.

Schluss des Berichts über die gestrige Reichstags-Sitzung.

Am 10 Uhr eröffnete Präsident Lobe wieder die Sitzung und teilt auf Wunsch mit, daß das Hypothekenaufwertungs-gesetz nur mit einfacher Mehrheit, nicht mit 2/3-Mehrheit angenommen worden ist. Abg. Dr. Best begründet dann seinen Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Hypothekenaufwertungs-gesetzes um 2 Monate.

Abg. Bredt (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die Auslegung des Abg. Keil, der dem Reichspräsidenten die Verantwortung für die Aufwertungs-gesetze ausgiebt. Der Reichspräsident brauche zur Verkündung des Volksechts ein Gegenzeichnen eines Staatsministers und den Staatsminister wolle er sehen, der in diesem Falle gegenzeichne. Es müsse endlich einmal Schluss mit den Beratungen über die Aufwertungsfrage gemacht werden.

Abg. Koch-Weser (Demokrat) erklärt, daß die Demokraten den Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Aufwertungs-gesetzes nicht unterstützen würden.

Die vorliegende Materie eigne sich nicht zum Volksentscheid.

Es sei untragbar, die Entscheidung über die Aufwertungsfrage nochmals um einige Monate hinauszuschieben, das würde die internationalen Kreditbeziehungen Deutschlands auf das schwerste gefährden.

Abg. Dr. Korf (R.) besteht auf der Aussetzung der Gesetzesverkündung, um dem Reichspräsidenten Gelegenheit zu geben, sein den Sparern gegebenes Wort zu erfüllen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Aussetzung der Gesetzesverkündung angenommen.

Präsident Lobe stellt fest, daß damit die erforderliche Zahl von 2/3 erreicht ist.

Da aber darauf der Antrag, das Aufwertungs-gesetz als dringlich zu bezeichnen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Demokraten angenommen wurde, ist der angenommene Antrag auf Aussetzung der Verkündung des Gesetzes gegenstandslos geworden. Das Gesetz wird nunmehr umgehend verkündet werden und in Kraft treten.

Am 10 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. 3. Beratung des Gesetzentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen.

WTB. Berlin, 16. Juli. Der Reichsrat erklärte das vom Reichstag angenommene Hypothekenaufwertungs-gesetz ebenso wie der Reichstag für dringlich.

### Die Zeitungsverleger in Danzig.

WTB. Danzig, 16. Juli.

Gestern waren die hier anwesenden Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungsverleger Gäste des Danziger Senats im Artushof. Der stellvertretende Senatspräsident Dr. Ziehler begrüßte die Gäste und sagte, für Danzig bedeute die Presse das wichtigste Band der deutschen Kulturgemeinschaft. Danzig erhielt sich sein deutsches Volkstum durch alle Epochen seiner bewegten und wechselvollen Geschichte. In Danzig werde auch der Gedanke des Völkerbundes praktisch erprobt. Es könne aber nicht geäußert werden, daß bisher der Völkerbund Danzig manche Enttäufung bereite. Man brauche nur die beiden Worte Munitionshafen und Postkontrollamt zu nennen. Wenn die deutsche Presse für die Lage Danzigs Verständnis zeige und das deutsche Volk darüber richtig und ständig unterrichte, dann leiste sie Danzig und seiner Entwicklung einen förderlichen Dienst.

In seiner Erwiderung führte der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kom-

merzienrat Dr. Krumbhaar, aus, daß es den Zeitungsverlegern als heilige Pflicht erliege, den Ruf der Danziger Freunde Folge zu leisten. Die prächtige alte Stadt Danzig war deutsch von Anfang an, deutsch sei sie unter den veränderten politischen Verhältnissen auch heute und deutsch werde sie bleiben. Nichts kann das deutsche Gemeinschaftsgefühl und die deutsche Einheit so stärken, wie der lebendige Austausch der Anschauungen und Empfindungen zwischen Westen und Osten, zwischen Norden und Süden. Auch der Verein Deutscher Zeitungsverleger ist eine der Formen, in denen die deutsche Einheit und die deutsche Kulturgemeinschaft zum Ausdruck kommt, denn wir umfassen die gesamte deutsche Presse. Das gedruckte deutsche Wort und die deutsche Zeitung spricht nicht nur zu den Deutschen, die das Staatsgebilde des Deutschen Reiches umfaßt, es spricht auch zu 30 Millionen Deutschen, die von ihren Stammesbrüdern getrennt leben, die aber der großen deutschen Volks-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft angehören. Die Ausbreitung des deutschen Wortes zeigt, daß wir Deutsche, ganz abgesehen von den politischen und staatlichen Formen, auch heute das größte Volk Mitteleuropas sind.

### Deutsches Reich

#### Die Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien.

Als Sachverständiger des Weinbaues nimmt der Präsident des Deutschen Weinbauverbandes und geschäftsführender Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer Dr. h. c. Karl Müller an den Verhandlungen in Madrid teil. Wie die Telegrammen-Union erzählt, sind die neuen Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien in vollem Gange. Es scheint aber, daß erhebliche Hindernisse zu überwinden sind, besonders bei der Festlegung der Weinzollfrage, an denen der deutsche Weinbau so großes Interesse hat.

#### Beratung der Zollfrage für feinmechanische Produkte.

VDZ. Berlin, 15. Juli. Der Handelspolitische Ausschuß des Reichstages setzte heute seine Beratung über die Zollvorlage der Regierung bei den Tarifpositionen für die Produkte der Feinmechanik wie Schreibmaschinen, Rechenmaschinen usw. fort. Gegen die Tarifpositionen für Rechenmaschinen und für andere Produkte der Textilindustrie beantragten die Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten Streichung bzw. Herabsetzung der Zollsätze auf das Vorkriegsniveau. In der Abstimmung wurden durch die Regierungsparteien sämtliche Änderungsanträge abgelehnt und die Vorlage aufrechterhalten. Eine längere Aussprache entwickelte sich sodann bei der Position „Landwirtschaftliche Maschinen“. Auch hier wurden alle Herabsetzungsanträge von den Regierungsparteien abgelehnt.

#### Bayerische Drohungen gegen die Berliner Politik.

TU. München, 16. Juli. Zu dem Kampf gegen den Finanzausgleich hat der Wn. Schaffer auf der diesjährigen Generalversammlung des Reichsbayerischen Bauernvereins in Straubing erklärt, es sei bereits so weit, daß einzelne Länder, wie Anhalt und Pommern sich in preussische Bezirksamter umwandeln lassen wollen. Man sehe jetzt vor dem Moment, wo man vielleicht aus der Koalition und aus der Reichsregierung austreten müsse, selbst auf die Gefahr hin, daß die Koalition und die Regierung aufliegen. Die Selbständigkeit Bayerns fordere aber einen solchen Entschluß, wenn die Berliner Politik sich nicht ändere.

TU. München, 15. Juli. Die gestrige große Kundgebung im Landtag gegen die Finanzpolitik des Reichs wird von der Münchener Presse als bedeutungsvolles Ereignis behandelt. Der „Bayerische Kurier“ hebt besonders hervor, daß die Verteidigung der bayerischen Landesinteressen als eine Sache des ganzen bayerischen Volkes ohne Unterschied der Parteirichtung betrachtet werde. Wenn man in Berlin nicht vollständig

### Das deutsche schöne Buch.

Zur Ausstellung im Mainzer Gutenberg-Museum.

Vor fünfundsiebenzig Jahren wurde dem Kulturwerk Gutenberg in der Stadt Mainz ein Ehrendenkmal errichtet, um das sich die Gebildeten aller Völker und Staaten scharen. Es ist jenes Museum, das alles aufbewahren soll, was an wertvollen Urkunden und Schriften vorhanden ist, die mit der Erfindung der Buchdruckerkunst mehr oder weniger eng zusammenhängen. Kein Wunder deshalb, daß der Gedanke eines Gutenberg-Museums die hervorstechendsten Gelehrten aller Länder beschäftigte, und so wurden dem Institut von allen Seiten Zuwendungen wertvollster Art gemacht.

Nun hat die Stadt Mainz in den Räumlichkeiten des Museums eine Ausstellung ins Leben gerufen, die als der geistige Kern der Veranstaltungen zu betrachten ist, die die Stadt im Rahmen der rheinischen Jahrestagendebatten veranstaltet. In einer großzügigen Bücherschau wird die Entwicklung des deutschen Buches und der Buchtechnik seit der Jahrhundertwende gezeigt, und es wäre zu wünschen, daß diese Ausstellung den Blick weitester Kreise auf das Museum lenken möchte, das leider selbst in der Pfalz und in Baden noch lange nicht so bekannt geworden ist, wie es sich gehört. Gelegentlich der Festlegung im prächtigen Akademiefestsaal des endlich wieder hergestellten kurfürstlichen Schlosses gab Julius Rodenberg, der Leiter der Abteilung für künstlerische Drucke der Deutschen Bücherei in Leipzig, eine kurze Einführung über die Entwicklung der deutschen Buch- und Druckkunst. Wenn bei Gutenberg noch Handwerk und Kunst miteinander ringen, so ist in neuerer und neuester Zeit das Problem von Kunst, Handwerk und Technik immer mehr geklärt worden; es hat zu einem alleseitigen Suchen nach Schönheit geführt; und dieses Suchen ist Kunst. Der Impuls zu einer neuen großen Buchkunst ging von England aus, wo William Morris seine „Kelmroth-

Presse“ errichtete, deren wundervolle Drucke auch auf Deutschland besonders anregend wirkten. Daneben war aber schon eine nationale Tradition vorhanden insofern, als schon vor Morris in dem künstlerischen Schaffen Klingers, Stauds u. a. Anfänge und Ansätze zu einer neuen Buchkunst gegeben waren. Um 1900 aber setzt dann mit dem Auftauchen der mannigfachen Privatpressen der eigentliche Aufschwung ein, der sich bis heute Jahr um Jahr genau belegen und feststellen läßt.

In einer besonderen Abteilung der Mainzer Ausstellung wurde deshalb in chronologischer Anordnung die vollständige Entwicklung des deutschen Buches gezeigt, und es ist das Verdienst des Vorlesenden der Gutenberg-Gesellschaft und Direktors des Gutenberg-Museums Dr. Ruppel und seiner Helfer, hier erstmalig eine zuverlässig orientierende, höchst lehrreiche Schau zusammengebracht zu haben, die übrigens von den einzelnen Verlagen in wirklich großzügiger Weise besichtigt worden ist. Sie beginnt mit den Erzeugnissen der Morris-Pressen, um alsdann zu den deutschen Buchdruckerkünstlern überzugehen. Als wichtigster erscheint zunächst 1893 Melchior Lechter. Ihm folgen 1899 Joseph Stiller und Otto von Volten, Heinrich Vogeler und E. R. Weich. Auch die „Drugulin-Drucke“ und die erste Ausgabe der für Buchschmuck, Type und Druckausstattung wichtigen „Jahresblätter“ in das Jahr 1899. In den folgenden Jahren dann, vom Beginn des 20. Jahrhunderts an, nimmt die Buchkunst einen raschen und kaum gedeuteten Aufstieg. Der Großherzog von Hessen gründete die „Ernst-Ludwig-Pressen“ mit den Brüdern Kleutenz. In Weipzig tun sich Poeschel und Tzemann besonders hervor, und noch ein paar Namen, mit denen zugleich eine ganze Umwälzung auf dem Gebiete der Buchkunst verbunden ist, tauchen auf: Edmann, Hans von Weber in München, Peter Behrens, H. von Wolfmann, Georg Tzypel, Franz Staffen, G. H. Meier, Giffars, der Prager Steiner, der vor allem durch die Illustrationen von Carl Stern-

heim's Büchern bekannte Zeichner Ottomar Starke und endlich Rudolf Koch in Offenbach, wohl einer der begabtesten, die man an seinen immer in der besten Sinne deutschen Schriften in den „Rudolfischen Drucken“ erkennen kann. Auf Einzelheiten einzugehen, verbietet sich leider; die Sammlung ist derart reichhaltig, daß immer nur ein paar besonders in die Augen fallende Stichproben gegeben werden könnten. Alle diese Hinweise sollen ja auch nur zum Besuch der Ausstellung anregen!

Den deutschen „Presse“-Gemeinschaften ist ein eigener großer Saal gewidmet. Schon ein flüchtiger Blick in die Einzelreihen überzeugt uns von der energiegelassen und musterhaften Arbeit der deutschen Verleger, Schriftsteller und Buchgewerbetler. Im Vordergrund steht die berühmte „Dremer Presse“ mit ihren herrlichen Ausgaben von Dantes „Divina Comedia“, Goethes „Faust“ und der „Odyssee“, die „Holm-Pressen“ in Malente-Gremshöfen, mit ihrem prächtigen Dante-Blockbuch, dessen monumentale Bild- und Text-Dolchschnitte von Claus Brage stammen. Weiter die Verlagsgemeinschaft Woysswede, die besonders durch die riesenhafte Ausgabe der „Passion Christi“ und von Goethes „Prometheus und Genetiv“ vertreten ist, zu denen die Schrift Ludwig Tügel und den Schmud Britz Uphoff geliefert haben. Brautvolle Belegstücke bieten auch die Rudolfinischen Drucke mit dem gewaltigen „Markus-Evangelium“, die Reichsdruckerei mit dem „Nibelungenlied“, der außerordentlich rührige Verlag Poeschel und Tzemann in Weipzig und die führende Firma Gebr. Klingkopf in Offenbach. Auch hier wieder eine fast übergroße Fülle des Gebotenen, das aber gerade durch seine zweckdienliche und übersichtliche Anordnung ein vollkommenes Bild deutschen gewerblichen Fleißes bietet. Eine weitere Abteilung ist den Deutschen Schriftstehereien gewidmet, in der alle bedeutenden und führenden Verfassern, wie Klinghoffer, Offenbach, Stempel, Frankfurt a. M., H. Berthold-Berlin, Gentsch und Heyse-

Hamburg u. a. vertreten sind. Ein besonderer Saal endlich bietet die wundervolle Privatsammlung von schönen Einbänden und hervorragenden Drucken, die Dr. Karl Klinghoffer der Ausstellung leihweise überlassen hat. Im übrigen erhält man auch von der hohen Stufe, auf der heute die deutsche Buchdruckerkunst steht, einen Begriff durch eine reichhaltige Sammlung schöner und charakteristischer Bucheinbände, die in einer Reihe von Wirren wirtlichswoll aufgestellt sind.

So bietet die Mainzer Buchausstellung zum erstenmal ein noch allen Richtungen hin umfassendes Bild von dem Stand der deutschen Buchkunst. Es ist eine würdige Schau, die der Gutenberg-Gesellschaft zur Ehre gereicht, und es war besonders erfreulich, zu vernehmen, daß die Beiträger der rührigen Vereinigung durch bereitwillige Hilfe der Amerikaner nunmehr auf eine noch breitere Basis gestellt werden können. Dem weitläufigen amerikanischen Drucker und Graphiker Edward C. Bartlett in New York ist es gelungen, in kurzer Zeit in Amerika ein ideales und vor allem auch finanzielles Hilfswerk für das Gutenberg-Museum einzuleiten, dessen reiche Früchte alljährlich für die Zwecke des Museums und der Gutenberg-Gesellschaft verwendet werden sollen. Dadurch wird das Museum erst recht in den Stand gesetzt, im Sinne Gutenbergs zu wirken, seine großen Sammlungen und Schätze für die Allgemeinheit nutzbar zu machen und so, nach den Worten Parletts, zu einem „internationalen Band“ zu werden, das die Welt der Druckkunst in der ganzen Welt vereinigt.“

Niemals ist in der Welt etwas Großes ausgerichtet worden ohne Enthusiasmus. Kant.

Die Rechte kommen stets von selbst, wenn die Pflichten ernst genommen werden. Laarade.

geschendet sei, so könne man den jetzigen Vorgang unmöglich übersehen. Auch die „Münchener Nachrichten“ bemerken, daß die verantwortlichen Reichsstellen an dieser hayerischen Kundgebung nicht vorübergehen können.

### Der Einspruch der Städte gegen die Steuerpolitik des Reichs.

Berlin, 16. Juli. In einer Unterredung, die der Berliner Oberbürgermeister Voegh, der 1. Vorsitzende des Deutschen Städtebundes mit dem Chefredakteur der Telegraphen-Union hatte, äußerte sich Oberbürgermeister Voegh über die Wirkungen der Finanzpolitik des Reichs auf die Finanzen und auf die Wirtschaftslage der Städte. Er führte u. a. aus:

„Die geplante Neuregelung der Steuerverteilung tritt in einem Augenblick an die Gemeinden heran, in dem durch die Lösung der Aufwertungsfrage diesen neue Ausgaben aufgebürdet werden. Eine Erhöhung der kommunalen Steuererträge ist aber unmöglich, weil hierdurch der Wirtschaft der Todesstoß versetzt würde. So bleibt nur z. B. die Kürzung der Ausgaben für die öffentlichen Arbeiten, die heute das Fünftfache des Friedens betragen. Jahrelang hat der Reichstag die ihm vom Reichsarbeitsminister vorgelegten Wohlfahrtsarbeiten bewilligt und es den Gemeinden überlassen, die Kosten hierfür zu zahlen. Der Selbsthaltungstrieb der Städte fordert rückhaltlos den Abbau und wird damit zu einem Kampf gegen die Schwachen und Schwächsten. In dieser Regelung sehe ich die größten Gefahren.“

Auf die Frage, welche Rückwirkungen die härtere Interessierung der Länder und Gemeinden an dem Ertrage der Umsätze auf die Steuererträge zur Beteiligung dieser Städte haben, erklärte Herr Voegh: Die Städte waren der unzulässigen Umsätze niemals freundlich gesinnt. Selbst die Reichsinflationen verschließen sich nicht den Klagen über ihre Unbilligkeit, können aber wegen der Finanzlage des Reichs auf die ertragreiche Einnahmequelle zurzeit nicht verzichten. Der Kampf um die Umsätze wird also weitergehen. Es kann aber seinem gerechten Ausmaß nur schaden, wenn man jetzt die bisherige Arbeit der Länder und Gemeinden um Ausmerzung dieser schädlichen Belastung durch härtere Beteiligung am Ertrag dieser Steuer läßt.

Den Ausfall an Einnahmen, der durch Herabsetzung der Quote für Einkommen- und Körperschaftsteuer und Herabsetzung der Umsätzequote für Länder und Gemeinden entsteht, schätzt Herr Voegh auf rund 100 Millionen Mark. Er erklärte dazu, die Einnahmeausfälle bis zur Einführung des Zuschlagrechts zur Einkommensteuer am 1. April 1927 zu decken, ist den Gemeinden überlassen. Zur Verfügung haben nur die Realsteuern, die Hauszinssteuer und die Wertsteuer. Praktisch bedeuten alle drei Steuerarten eine scharfe indirekte Steuerbelastung der gesamten Bevölkerung, ohne Rücksicht auf ihre individuelle Leistungsfähigkeit. Eine weitere Inanspruchnahme der Grund- und Gewerbesteuer halte ich zurzeit für unmöglich. Wahrscheinlich werden die Städte von dem Zuschlagrecht nur einen sehr mäßigen Gebrauch machen können. Das Reich ist in der Lage, in der Frage der Einkommensteuer einen scharfen Tarif festzusetzen und durchzusetzen. Die Zuschläge, die nicht gefasst werden dürfen, treten dagegen ausschließlich und allein diejenigen, die diese Zuschläge selbst festsetzen, so daß höchstens in ganz radikalen Gemeinden hohe Zuschläge zu Lasten weniger Besitzender vorformuliert werden, die dann zur raschen Abwendung des Verlustes führen müssen.

Herr Voegh glaubt, daß die Städte die bisher geübte Politik, aus laufenden Mitteln finanzielle Vorräte zu sammeln und wesentliche Anlagen zu machen, weiterhin nicht durchhalten können. Die Ausfichten auf dem kommunalen Anleihemarkt im In- und Auslande beurteilt Herr Voegh sehr schlecht, im

Inland gar keine Aussichten, im Auslande nur für einige größere Städte.

Zum Schluß wandte sich der Berliner Oberbürgermeister mit harter Betonung gegen die Bestellung der Reichsfinanzbehörden zu Kontrollorganen und gegen die beabsichtigte Beschränkung der finanziellen Selbständigkeit der Städte, die darin liegt, daß die Länder berechtigt sein sollen, die Zuweisungen an die Städte nach ihrem Ermessen zu kürzen, wenn der Finanzbedarf unter Berücksichtigung des Finanzierungsfaktors den Bedarf von 1914 um mehr als 10 Prozent übersteigt. Ein solcher willkürlicher Einkommensraub, so sagt Herr Voegh, ohne jede Rechtsgarantie bedeutet das Ende jeder geregelten Finanzwirtschaft und Selbstverwaltung.

### Die Entscheidung des Reichspräsidenten.

Pr. Berlin, 16. Juli. Zur Annahme des Hypothekenaufwertungs-gesetzes im Reichstag schreiben die Blätter: Die Entscheidung über das Gesetz, das vom Reichstag und vom Reichsrat für dringlich erklärt worden ist, liegt nunmehr beim Reichspräsidenten, der einen Monat Zeit hat, ehe er nach der Verfassung das Gesetz verkünden kann. Der Reichspräsident hat es auch in der Hand, das Gesetz zum Volksentscheid zu bringen, oder abzuwarten, ob ein Antrag auf einen Volksentscheid zustande kommt. Dieser muß von einem Zweidrittel der Stimmberechtigten beantragt werden.

Die „Vossische Zeitung“ wirft die Frage auf, ob die Aufwertungs-gesetze nicht zu solchen Gesetzen gehören, die sich einem Volksentscheid entziehen. Artikel 73 der Reichsverfassung besagt, daß u. a. über Abgabengesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen könne. Das Blatt kommt zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich sei, die Kosten, welche die Aufwertungs-gesetze auferlegen, unter den Begriff „Abgaben im Sinne der Reichsverfassung“ zu bringen.

Besprechung beim Reichspräsidenten. WTB, Berlin, 16. Juli. Die gestrigen Beschlüsse des Reichstages und des Reichsrates haben, wie die „B. Z.“ am Mittag“ meldet, die Notwendigkeit ergeben, den Reichspräsidenten schon heute mit der durch die gestrigen Sitzungen geschaffenen Lage zu befragen. Bereits in früher Vormittagsstunde fand eine Besprechung beim Reichspräsidenten statt.

### Der Fall Himmelsbach.

Darmstadt, 16. Juli. Der Ausschuss zur Untersuchung der Angelegenheit Himmelsbach ist gestern zu seiner Schlußsitzung zusammengetreten und traf einstimmig folgende Feststellungen:

- 1. Ein Verstoß der Staatsbehörden, insbesondere der Landesforstverwaltung, ist nicht nachweisbar.
- 2. Die Frage, ob die Firma Gebr. Himmelsbach bei Abschluß der Verträge glauben konnte, unter Zwang zu handeln, wird bejaht. Ein Verstoß der Firma Gebr. Himmelsbach bei Ausführung der Verträge, das den bestmöglichen Staat zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen berechtigen würde, war für den Ausschuss nicht feststellbar.

München, 16. Juli. Im Bayerischen Landtag hielt der Finanzminister seine Auffassung aufrecht, daß die Holzfirma Himmelsbach und die übrigen Firmen ihre Verträge mit den Franzosen nicht auf die Vorverhandlungen mit der bayerischen Verwaltung stützen könnten. Die Verträge seien ohne Wissen und ohne Genehmigung der bayerischen Regierung geschlossen worden. — Eine Erklärung, die das Verhalten der Holzfirmen bei der Beschlagnahme des pfälzischen Waldes mißbilligte, wurde gegen die Kommunisten angenommen, ebenso ein An-

trag, der die Regierung um eine Untersuchung darüber bittet, ob nicht durch besondere Maßnahmen den durch die Holzschläge geschädigten pfälzischen Gemeinden eine Unterstützung zuteil werden könne.

### Badische Politik

#### Die Besetzung der badischen Gesandtschaft in Berlin.

Nachdem sich das badische Staatsministerium in den letzten Monaten mehrfach mit der Frage der Neubesetzung der badischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigt hat, wurde nun im Kabinett der Beschlüsse gefaßt, die Wiederbesetzung dieses Postens erst nach den Landtagswahlen zu vollziehen. Es soll damit, wie die „N. B. Z.“ hört, ein völlig neuer Aufbau der Gesandtschaftsvertrichtung in Zusammenhang stehen, da die schwache Besetzung der badischen Gesandtschaft gegenüber den Vertretern anderer Länder, vor allem Württembergs und Sachsens, die badischen Interessen immer schwerer zu beeinträchtigen droht. Der Umfang der in Berlin wahrzunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen und der gesellschaftlichen Aufgaben ist gegenüber früher so groß geworden, daß andere deutsche Bundesstaaten längst daraus die Konsequenzen gezogen und ihre Berliner Gesandtschaften mit der entsprechenden Anzahl von Bevollmächtigten (Württemberg beispielsweise mit 5 gegen nur 2 badische) und mit ausreichendem Hilfspersonal besetzt haben.

### Verschiedene Meldungen

#### Eröffnung der Luftfahrtausstellung in München.

WTB, München, 15. Juli. Als letztes Mitglied der Deutschen Verkehrsanstaltung München 1925 wurde heute die Luftfahrtausstellung mit einem Festakt eröffnet. Namens des Verbandes deutscher Luftfahrzeugindustrieller übergab Herr von Kehler die Ausstellung der Leitung der Deutschen Verkehrsanstaltung mit einer Ansprache, in der er in schärfster Weise gegen die Luftfahrtnote der Entente mit ihren unannehmbaren Forderungen Stellung nahm. Namens des Präsidiums der Deutschen Verkehrsanstaltung übernahm Staatssekretär Dr. Ritter von Frank die Luftfahrzeugausstellung. Die Ausstellung soll ein Symbol zum Anzeichen sein und den Enthusiasmus für die Luftfahrt fördern, den wir gerade in dieser Zeit um so notwendiger brauchen, als die Gegner danach trachten, uns härter in ihre Frenn zu zwingen.

Handelsminister Dr. v. Meinel entbot namens des bayerischen Ministerpräsidenten und des Reichsverkehrsministers, die beide in letzter Stunde verhindert waren, an der Eröffnung der Ausstellung teilzunehmen, der Ausstellung die Grüße der Regierung zu ihrem Zustandekommen. „Man wird Deutschland“, so schloß der Minister, „nicht mehr aus dem Gebiet der Luftverkehrs ausschalten können“. Die bayerische Regierung wird mit größtem Nachdruck zum Ausdruck bringen, daß die Bedingungen der Luftfahrtnote der Entente unannehmbar sind. — An den Eröffnungstag schloß sich eine Führung durch die Ausstellung.

#### Der Luftverkehr.

Berlin, 14. Juli. Die Niederländische Luftverkehrsgesellschaft eröffnet am 10. Sept. eine Luftverehrslinie Amsterdam — Essen — Berlin, bei der ein täglicher Wechseldienst mit vorläufig drei in Schweden erbaute Jumbersonnen unterhalten werden soll.

WTB, Rotterdam, 14. Juli. Gestern fand auf dem Flughafen Waalhaven die feierliche Einweihung der Luftverehrslinie Rotterdam — Dortmund statt. Um 6 Uhr morgens fuhr ein Flugzeug nach Dortmund ab. Bereits um 4 Uhr nachmittags kam das Flugzeug, das Dortmund um 2 Uhr verlassen hatte, wieder in Rotterdam an.

### Protest der Danziger Katholiken gegen das polnische Konordat.

Grz. Danzig, 15. Juli. Hier fand eine von einer ungeheuren Menschenmenge besuchte Versammlung der Danziger Katholiken statt, in der von dem Vorsitzenden der deutschen Katholikenorganisation in Danzig, Dr. Schulte, über das polnische Konordat mit dem Vatikan referiert wurde. Nach dem Konordat werden bekanntlich dem apostolischen Nuntius in Warschau in der Freien Stadt Danzig kirchenpolitische Rechte zugesprochen. Dr. Schulte hielt fest, daß die Danziger deutschen Katholiken sich nicht damit einverstanden erklären könnten und daß sie deswegen eine Eingabe an den Vatikan richten wollten. Es wurde einstimmig eine Entschuldigungsangabe angenommen, in der verlangt wird, daß das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu einem Exemptisium erhoben wird, da sonst die Gefahr bestehe, daß der nationalen Eigenheit deutscher Katholiken in Danzig Abbruch getan werden könne, da Polen das Vetorecht habe, die katholische Kirche der Freien Stadt Danzig einem polnischen Bistum zu unterstellen.

### Steuererhöhung in Norwegen.

WTB, Oslo, 14. Juli. Das Storting hat in geheimer Sitzung gestern abend und heute vormittag den Vorschlag einer 10prozentigen Erhöhung der Staatssteuer behandelt. Der Vorschlag wurde von der Rechten, der der freisinnigen Linken, sowie teilweise von der Bauernpartei, bekämpft. Heute nachmittags 3 Uhr fand die entscheidende Abstimmung im Storting statt, in der die Regierung mit 77 gegen 73 Stimmen siegte. Der angenommene Vorschlag bedeutet eine Erhöhung der direkten Staatssteuer um 5 Prozent; außerdem soll die Ständesteuer erhöht werden.

### Der Affenprozeß.

WTB, Dantzig, 14. Juli. Am Prozeß gegen den Lehrer Scopes widmeten gestern die Verteidiger wie der Vertreter der öffentlichen Anklage den ganzen Verhandlungstag der Begründung bzw. der Widerlegung des Antrages, die Anklage gegen Scopes niederzuschlagen. Das Gericht berät nunmehr über diesen Antrag. Sollte dieser abgelehnt werden, so müßte entschieden werden, in welchem Umfang wissenschaftliche Zeugnisaussagen zugelassen werden sollen. Die Verteidiger kündigten an, daß bereits acht wissenschaftliche Zeugen nach Dantzig unterwegs seien. Sollten diese wissenschaftlichen Zeugen zugelassen werden, so dürfte die Anklagebehörde Theologen als Zeugen anführen.

### Schwere Lohngelberunterschlagen.

WTB, Breslau, 15. Juli. Wie die „Schlesische Provinzialkorrespondenz“ aus Katowitz erfährt, hat eine Revision der Lohnlisten auf der Deutsches Land-Grube ergeben, daß die Buchhalter in der Schichtmeisterei in die Lohnlisten höhere Beträge buchten, als der tatsächliche Verdienst der Arbeiter betrug. Bei der Eingetragung der Lohnbeträge haben die Buchhalter die mehr eingetragenen Beträge einbehalten. Für die letzten zwei Jahre soll ein Fehlbetrag von über 200 000 Mark festgestellt worden sein. Die sechs Buchhalter sind sofort entlassen und der Staatsanwalt hat gegen sie Anklage erhoben. Auch auf der hiesigen Grube sollen ähnliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein.

### Unterschlagung bei der Stadtbank in Altona.

WTB, Altona, 14. Juli. Der bei der Bankabteilung der Städtischen Sparkasse beschäftigt gewesene Kaufmann Basker wurde verhaftet, da es sich herausgestellt hatte, daß er bei der Veranlassung etwa 50 000 M unterschlagen hat. 10 000 M konnten wieder herbeigeschafft werden.

**Bürsten-Vogel**  
3 Friedrichsplatz 3 Tel. 1424.

### Theater und Musik

#### Konzerthaus Karlsruhe.

Gräfin Mariza, Operette von E. Kallmann. Der Anspitz scheint gesprungen zu sein: der gute Anspitz war da und die durchschlagende Operette ist erschienen! Dem Komponisten der Operettenschrift ist nämlich etwas ein und das ist doch bei einem irgendwie gerade noch zur Musik gehörenden Werk schließlich die Hauptsache. Gefühls-, Rhythmus-, glänzende, zum Teil wirklich freche Instrumentation (besonders die inbrünstig schmetternden Hörner!), weiches Handwerk und Klänge, das opernmäßige Ensemblebau und dramatische Wirkung erzielt, alles ist vorhanden. Natürlich auch die Schläger. Ins Orchester spielen die jüdischen Unterhaltungen und orchestralen Charakteristiken der Handlungsmomente. Gewiß: die alte Operette gibt auch die „Gräfin Mariza“ nicht, aber von den neueren gehört sie zweifellos zu den besten ihrer Gattung.

Mit dem Textinhalt wollen wir niemand befassen. Gegenüber solchen süßschmeckenden, nässend-sensitiven Verführungen ist die große Schwärze noch eine herbe Klaffkammer. In der „Gräfin Mariza“ ist mit unfehlbarer Wirkung auf kischgewohnte Hörer das niemals unanbringende Adenbrüdelmotiv auf den vorantemten Charakter abgewandelt und das Ganze mit einer nach billigem Parfum riechenden, folgenreicheren Croix übersprüht. Die millionenschwere und freierbedrängte Gräfin sucht das hohe Liebesglück in dem angeblich armen Verwalter, der in Wirklichkeit selbstverständlich der Herrliche von allen ist und dazu noch eine Erbtochter hat. Kein Wunder bleibt sein Auge trocken und sein Taft ungetanzt. Die Aufführung bot in der Ausstattung das Besondere, was je in der Karlsruher Sommeroperette vorgeführt worden ist. Man muß den Unternehmern und dem Regisseur alle Anerkennung aussprechen. Auch der muntere Ablauf, der nur durch übermäßige Bauten und durch den erzwungenen Lauf der Wiederholun-

gen ist, heißt alles Lob. Chor und Orchester waren von erfreulicher Sicherheit und Vollwirkung. Die Tänzerinnen überwucherten nicht allzusehr, die Girls in  $\frac{1}{16}$  Rhythmus und  $\frac{1}{16}$  schwarzen Trikots erhoben die gute Stadt Karlsruhe jeder unsäglichen Arbeit des Fremdenverkehrsverein zum Trotz ohne weiteres zur „wonderful“ Großstadt. Ja, selbst Kultur und Wirtschaft wird am schnellsten und sichersten aus dem einen berühmten Punkt fixiert. Uebrigens, kein Mißverständnis: die Operette ist durchaus einmündig und die Wege, mit der der dritte Akt mühsam ausgefüllt wird, sind lediglich deshalb schmerzhaft, weil man eben doch laden muß, besonders bei der Figur des prächtigen Komikers Willi Staber. Die Darstellerin der Mariza, Fräulein van der Meer wurde sicherlich noch mehr um die unzählbaren glanz- und schönheitsgleitenden Kostüme beneidet, als um ihren Gesang und ihr Spiel, die guten Durchschnittsdarsteller. Adolf Schleifer, das ist der gottgewollte Operettentenor. Er macht nur von seinem Spezifikum, der erötischen Umflimmerung, allzu harten Gebrauch, so daß sein Verwalter da und dort hat männlicher und ritterlicher Haltung zu viel Schmelz und Sentimentalitätschminke aufgelegt. Ufa, die Schmecker, konnten wir uns erhebelich länger und stimmreicher vorstellen. Die humorvollen Nebenfiguren erhielten darüber sehr drastische, zum Teil erschütternde Verführungen. So der Fürst durch Herrn Czap, der Graf durch Herrn Wahle. Man sieht übrigens, man verneigt nur in besseren Kreisen, gegenüber denen die Diener, Zigeunergänger und einfache Offiziere, die außerdem durch die „Gräfin Mariza“ schwärzen, zurücktreten, aber doch samt und sonders in der heillosen Ermattung ihren guten Anteil hatten.

Nachschrift für ängstliche Mütter und misstrauische Ehegatten; die Vorstellung war wirklich erst nach 1/2 Uhr aus!

Von Nikolai Lopatnikoff, dem in Karlsruhe wirkenden Klavierkünstler, ist ein Konzert für

Klavier mit Orchester zur Aufführung unter Generalmusikdirektor Abendroth in Köln angenommen worden.

### Kunst und Wissenschaft

#### Mainzer Rosenwoche.

In Mainz, das ja nicht nur die Stadt Gutenberg und der Erzlangler des Reichs, sondern auch der münchener Muse Frauenlobs war, wurde im Rahmen der Jahrestagendfeier (Ausstellung alter Kunst im Kurfürstlichen Schloß und Vindhausstellung im Gutenbergmuseum) von jenem Verein, der sich die Aufgabe vor den lieblichen Prinzessinnen des Blumenreiches sozuzagen zu einer Lebensaufgabe gemacht hat und sich Verein deutscher Rosenfreunde nennt, eine Deutsche Rosenwoche eröffnet. Es ist ein Meer von rund 18 000 Rosen in etwa 300 Sorten, das auf der Höhe oberhalb der Stadt zusammengelassen ist, wo ehemals das kurfürstliche Lustschloßchen „La Favorite“ in einem Rosogarten stand, der im Wandel der Zeiten aus einem Meierhof der im Wandel der Zeiten zu einem nützlichen Stadtpark herabgesunken ist. In einem Teil der Ausstellung befinden sich die Schnittrosen, die neueste Wunder der Züchtung vorführen sollen in aussergewöhnlichen Exemplaren jener seltsamen Blumenwesen, die in zart gebauchten Farben und im anmutigen Faltenwurf der Blütenblätter nichts weiter zu sein scheinen als verführerlicher Duft, jene durchsichtig wie Lustschneidungen, jene wie aus Seide, wie aus Samt oder wie aus Marmor. Der andere Teil der Ausstellung ist ein Rosengarten, der nun ein dauernder Besitz der Stadt bleiben soll, ein Denkmal, ein Rosenhag zur Erinnerung an die Feier der tausendjährigen Zusammengehörigkeit aller Deutschen links und rechts vom Rhein. Von alten Baumgruppen umrahmt, mit dem Ausblick in die sonnigen Landstriche der Rhein- und Mainebene, ist die Anlage in bemerkenswerter, neuartiger Weise zu einem sogenannten Farngarten gestaltet, d. h. in Terrassen mit jedesmal gleichfarbigen Beeten: eine

Terrasse ist weiß, die anderen sind gelb bezogen, kupferfarben und rosa bis blutrot abgetönt. Mit der Rosenschau ist eine Rheinische Festwoche verbunden, die ein dem lebensfrohen Sinn der Mainzer gemätes volkstümliches Gepräge hat, mit Konzerten, einem Staffellauf und einem Blumenkorso ihren Anfang nahm und weitere Konzerte und sportliche Veranstaltungen bringen wird, ferner Rheinfahrten, Tanz- und Volksfeste. D. D.

### Hauptversammlung 1925 des Vereins Deutscher Chemiker in Nürnberg.

Zu der in der Zeit vom 1. bis 5. September stattfindenden Veranstaltung sind bis jetzt u. a. nachstehende Vorträge angemeldet: Frankenstein, Dahlhausen: „Wärmewirtschaft im Kalkofenbetrieb“; Gutbier, Jena: „Neue Kalkofensynthesen“; Stern, Charlottenburg: „Neue Farbindemittel“; Oberstudienrat Leo Hänsler, Nürnberg: „Die Chemie in Nürnberg's Vergangenheit“; Warkauer, Berlin: „Das farbige Wangenrot“; Müller, Leverkusen: „Das Schwefelsäureverfahren“; Huff, Breslau: „Aktive Kohle und ihr Adsorptionsvermögen“; Eghraim, Berlin: „Die Benutzung freier Patente“; Dr. Gademann, Schweinfurt: „Die Gründung und Geschichte der Mineralfarbenindustrie in Bayern“; Elld, Karlsruhe: „Zur Theorie der Farbvorgänge.“

Dieses Programm der Tagesordnung sieht außerdem noch eine Reihe von geselligen Veranstaltungen vor, ferner kommen Berufs- und Ständefragen zur Erörterung. Einen Hauptanziehungspunkt wird die Ausstellung für chemisches Maschinen- und Apparatenwesen — Thema IV — in der Festhalle im Luisenpark bilden. Man rechnet mit 2000 bis 2500 Teilnehmern. Der Verein Deutscher Chemiker umfaßt mit seinen rund 8000 Mitgliedern etwa 80 Prozent aller Chemiker Deutschlands. Arbeitgeber, Angestellte, selbständige Chemiker, Chemielehrer an Hoch- und höheren Schulen sowie Studierende gehören ihm an.

### Aus Baden

#### Badische Erfolge auf der Jahrausstellung der Rheinlande in Köln.

Ein erfreuliches Ergebnis zeitigte die Beteiligung der Badischen Obstverarbeitung G. m. b. H. (Badische Landwirtschaftskammer) an der Grünen Messe (Obst- und Gemüse-Anbau und Verwertung) dieser sechsten Ausstellung. Die Badische Obstverarbeitung beteiligte sich in ausgedehnter Weise an einer geschlossenen Wettbewerbsgruppe mit 6 Aufgaben, wurde für jede dieser Aufgaben mit dem 1. Preis ausgezeichnet und erhielt außerdem einige Ehrenpreise für die Gesamtleistung. Von besonderer Bedeutung waren die hier erstmals ausgetesteten alkoholfreien Obstsaften, die weder durch Erhitzung noch durch irgendwelche anderweitige Konservierung haltbar gemacht, sondern lediglich auf kaltem Wege entkeimt sind. Geschmacksstoffe, Aroma u. a. lebenswichtige Stoffe, unter denen die Vitamine, bleiben unverändert erhalten. In Deutschland wurden diese Säfte aus Äpfeln und Birnen zum ersten Male gezeigt und zur Probe vorgeführt, wogegen das neue Verfahren in der Schweiz bereits seit einigen Jahren bekannt ist.

Die Badische Obstverarbeitung beabsichtigt die Herstellung derartiger Säfte im großen Maßstabe in die Wege zu leiten und gedenkt weitere Betriebe für die Herstellung zu gewinnen und zu beraten.

**tu. Mannheim, 16. Juli.** Gestern nachmittag wurde ein hiesiger Bäckermeister bei der Refektorialüberführung in Fivesheim von einem bis jetzt noch unbekanntem Kraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert. Der Bäckermeister erlitt erhebliche Verletzungen am Kopf.

**tu. Mannheim, 16. Juli.** Die Luftverkehrs-K. G. Westfalen richtet in Gemeinschaft mit der Koninklijke Luchtvaart-Maatschappij und dem Aero-Club-N. G. einen regelmäßigen wöchentlichen Flugdienst von Dortmund nach Rotterdam ein. Das Flugzeug (Koffler-Eindecker) verkehrt mit Anflughafen nach Mannheim in folgender Reihenfolge: Mannheim ab 10.45 vorm., Frankfurt ab 11.45 vorm., Dortmund ab 1.15 nachm., Rotterdam ab 1.45 nachm., Rotterdam ab 4.00 nachm., Rotterdam ab 4.20 nachm., London ab 7.30 abends, Rückflug ab Rotterdam 11.15 vorm., Anflughafen in Dortmund 12.35 nachm., Dortmund ab 1.30 nachm., Mannheim an 4.00 nachm. Der Flugpreis von Mannheim nach Rotterdam beträgt 105 M., von Rotterdam nach London 48 holl. Gulden.

**tu. Mannheim, 16. Juli.** Ein 22 Jahre alter Fuhrmann wollte von Käferal mit einem Zweispännerfuhrwerk Grabsteine nach Sandhofen fahren. Er hatte eine zu lange Diele als Sitzbrett quer über den Wagen gelegt. Beim Rechtsfahren auf der Frankenthalstraße streifte die Diele an eine Telegraphenstange und der Fuhrmann wurde dadurch vom Wagen geworfen und überfahren. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod alsbald eingetreten ist.

**tu. Neckarhausen, 16. Juli.** In vergangener Nacht wurde das Kriegerdenkmal durch Abschlagen des Obertheiles der Kaiserfigur von böswilliger Hand zerstört. Von den Tätern fehlt jede Spur.

**a. Aus dem Odenwald, 16. Juli.** Auf dem Pferdemarkt in Beerfelden wurde der 10jährige Sohn des Arztes Dr. med. Saul durch den Hufschlag eines Pferdes schwer verletzt. — Die Getreideernte fällt allgemein sehr gut aus, die Obsterte dagegen ist unter mittelmäßig.

**tu. Rastatt, 16. Juli.** Sein vierzigjähriges Dienstjubiläum kann heute in voller körperlicher und geistiger Rüstigkeit der erste Beamte der hiesigen Kriminalpolizei, Kriminalkommissar Gu., begehen.

**tu. Rastatt, 16. Juli.** Die Firma Aug. Schweizer, Zigarrenfabrik hier, erhielt auf der Industrie-Ausstellung in Rastatt einen ersten Preis, eine goldene Medaille, sowie Qualitätspreis zuerkannt.

**rg. Hornberg, 16. Juli.** Auf der hiesigen Polizeiwache kam es zu einer schweren Ausschüttung. Die Polizei hatte mehrere Aufseher, die sich nicht fügen wollten, arretiert. In der Wache kam es zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf ein Wachmeister einen Stich in den Hals erhielt. Die Haupttäter sind zwei Arbeiter aus dem Bayerschen.

**rg. Triberg, 16. Juli.** Der hiesige Baumarkt wird im Lauf des Sommers und Herbstes mit einem Zuwachs von etwa zwölf Wohnungen rechnen können, von denen ein Teil vor der Fertigstellung steht. Die Knappheit an Facharbeitern macht sich verlangsamer bemerkbar, ebenso die natürliche Erschwerung des Bauens infolge der Geländeverhältnisse im Gebirge. Auch die geringe Geldflüssigkeit wirkt auf die Durchführung von Bauplänen nach wie vor hemmend ein. Immerhin wird für die Wohnungsnot der zu erwartende Zugang eine gewisse Linderung, wenn auch noch lange keine Behebung bringen.

**tu. Vahr, 15. Juli.** Der historische Verein für Mittelbaden wird seine diesjährige Hauptversammlung nunmehr am Sonntag, den 2. August in Hornberg abhalten, und nicht, wie ursprünglich geplant am 20. Juli ds. J.

**tu. Rappelt a. Rhein, 15. Juli.** In dem Anwesen der Witwe Maria Enderle entstand im Heustra Feuer, durch welches das ganze Gebäude mit Inventar vernichtet wurde. Die Pflanzenernte der Witwe Enderle, Helene Hammerle, hat bei einer Vernehmung durch die Gendarmerie eingestanden, daß sie den Brand gelegt hat. Als Grund gab sie an, die Biegen nicht mehr füttern zu wollen und geglaubt zu haben, durch den Brand aus dem Hause fort in eine andere Stellung kommen zu können.

**tu. Badenweiler, 16. Juli.** Wie erinnerlich sein dürfte, haben vor geraumer Zeit Mitglieder der Regierung die Badanlagen befestigt, die als völlig unzulänglich erkannt wurden. Durch Herstellung eines Erweiterungsfließ-

## Kriegsbeschädigten-Siedlungen.

Man schreibt uns:

Der Artikel 155 der Verfassung des Deutschen Reiches bestimmt in weitgehendem Maße eine Umsiedlung der Bodenbesitzerhältnisse. Neben der Bezeichnung einer Reihe von zu ergreifenden Maßnahmen ist dort auch wörtlich festgelegt: Kriegsbeschädigte sind bei dem zu schaffenden Heimstättenrechte besonders zu berücksichtigen. Leider sind viele der dort festgelegten Programmpunkte auf dem Papier stehen geblieben, ohne in die Tat umgesetzt zu werden. Hierzu gehört auch besonders die bevorzugte Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten in bezug auf die zu schaffenden Heimstättenrechte.

Die Kriegsbeschädigten und ihre Hinterbliebenen sind sich zwar darüber klar, daß das Wohnungs- und Siedlungsrecht nur im allgemeinen Rahmen, in Verbindung mit allen beteiligten Kreisen gefördert und gelöst werden kann. Gerade der Umstand aber, daß zu den Wohnungslosen oder zu den in Notwohnungen Untergebrachten in erster Linie die Kriegsbeschädigten gehören, macht es zur gebieterischen Notwendigkeit, daß in bezug auf die Erfüllung des Artikels 155 der Reichsverfassung endlich etwas Entscheidendes geschieht.

Die Verträge, die Kriegsofopfer im allgemeinen Rahmen zu bevorzugen, waren auf der ganzen Linie nur sehr schwach. Das Ziel aller Siedlungs- und Wohnungsbaubestrebungen ist die Behebung der Bauarmut. Daneben soll aber angelegentlich für Kriegsbeschädigte auch das Eigenheim mit dem dazugehörigen landwirtschaftlichen Gelände, und sei es nur ein Garten, angestrebt werden. Die Frage der Bauarmut ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohne stärkere Heranziehung öffentlicher Mittel nicht zu lösen. Vielmehr müssen die vorhandenen öffentlichen Mittel, in allererster Linie jene der Gemeinden, zur Schaffung von Wohnstätten herangezogen werden.

Man hat die Erfahrung gemacht, daß eine Reihe von Gemeinden aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge Kostenträgersarbeiten verrichten lassen, die in der Regel in der Instandhaltung der Wege usw. bestanden. Es wäre aber wünschenswert gewesen, daß die Gemeinden mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge Gelände zu Bauzwecken erschließen. In vielen Gemeinden ist noch Gelegenheit brach liegendes Gelände zwar nicht zur Bepflanzung, wohl aber zur Bebauung aufzuarbeiten. Viele Siedlungspläne und Bauvorhaben sind auch daran gescheitert, daß zur Bebauung bezw. Erschließung von fiskalen Grundstücken die Genehmigung des Gemeinderates oder der Domänenverwaltung nicht zu erreichen war. Vielfach waren lange Verhandlungen notwendig, um Baugelände aus öffentlichen Besitz zu erhalten, wobei naturgemäß manches Bauvorhaben unausgeführt blieb. Seltener noch sind die Fälle, in denen die Gemeinden der Wohnungsnot durch eigene Bauten gesteuert haben, obwohl manche von ihnen finanziell hierzu in der Lage gewesen wären.

Vielfach wurde auch gewünscht, der Staat möge in größerem Umfang als bisher Gelände zu Bauplänen zur Verfügung stellen. Eine Förderung der Kriegsofopfer, die ohne weiteres berücksichtigt werden kann, ist die zinsfreie Ueberlassung des Baugrundstückes an siedlungsbedürftige Kriegsbeschädigte. In jedem Falle kann

das Eigentums- oder Vorkaufsrecht durch Verträge sichergestellt werden, sodas also eine Schädigung der Staatsinteressen ausgeschlossen erscheint. Zur Förderung ländlicher Siedlungen ist unter allen Umständen die restlose Erschließung von Moor- und Dehländereien unter Inanspruchnahme von Mitteln des Reichs und der Länder vorzunehmen. Hier lassen sich besonders die durch Verminderung des Heeres frei gewordenen zur Besiedlung geeigneten Übungs- und Exerzierplätze verwerten.

Weiter ist auch die Frage aufzuwerfen, ob nicht die Wohnungsverbände an sich in der Siedlungs- und Bauarmut aktiv hervortreten sollten, um durch gemeinsame Pläne der Wohnungsverbandsgemeinden entweder das Gelände frei zu machen oder aber den Siedlungsgegenständen positiv an die Hand zu gehen. Um das den Kriegsbeschädigten eingeräumte Vorkaufsrecht auch wirklich zum Ausdruck zu bringen, wäre weiterhin notwendig, daß das Reich entsprechend den Vorschriften des Wehrmachtverordnungs-gesetzes auch eine Reichsbürgerschaft für sämtliche Erwerber einer Siedlung oder Heimstätte, soweit sie ehemalige Kriegsbeschädigte oder Kriegsbeschädigten sind, übernimmt.

Eine Möglichkeit für die Kriegsofopfer, auch ihrerseits die Bau- und Siedlungsarmut über den Rahmen der Allgemeinheit hinaus zu betreiben, besteht in der Kapitalabfindung ihrer Rente. Nach dem Reichsverordnungs-gesetz von 1920 kann ein Teil der Rente aus Jahre hinaus in einer Summe ausgezahlt werden unter der Voraussetzung, daß dieser Betrag zur Stärkung eigenen Grundbesitzes oder zu dessen Erwerb, also zum Bau von Eigenheimstätten, verwendet wird. Wenn diese Bestimmungen sich aber maßgebenden Einfluß auf die Bauarmut verschaffen sollen, müssen sie weiter ausgebaut und vereinfacht werden. Auch hierbei ist ein Risiko des Reiches so gut wie ausgeschlossen, da die vom Reich gewährte Kapitalabfindung in der Regel als erste Hypothek auf das Grundstück oder das Haus eingetragen wird.

Vielfach wird die Kapitalabfindung verpagt mit dem Hinweis darauf, daß der Antragsteller infolge seines Dienstbeschäftigungslebens nicht aus Jahre hinaus abgezinst werden könne. Darin liegt zweifellos eine Härte. Bezüglich der Höhe der Kapitalabfindung muß geltend gemacht werden, daß zwar die Kriegsofopfer einen persönlichen Vorteil daraus haben, daß aber darüber hinaus auch durch die Schaffung von Wohnräumen und Behebung der Bauarmut auch der Allgemeinheit abgeht wird. Im Hinblick darauf sollte der Anreiz zum Bauen durch eine erhöhte Abfindung gegeben werden.

Auch in feuerlicher Beziehung kann den Kriegsofopfern entgegengekommen werden. Da die Kapitalabfindung einen Teil der Rente darstellt, wäre hierfür unbedingte Steuerfreiheit zu gewähren in der Form, daß der gesamte steuerbare Betrag um die Summe der Kapitalabfindung zu ermäßigen ist. Es sind also eine ganze Reihe von Voraussetzungen noch zu erfüllen, wenn der Artikel 155 der Reichsverfassung nicht nur Phrase bleiben soll. Es wäre wünschenswert, wenn endlich einmal auch in bezug auf die Kriegsofopfer Durchgreifendes geschaffen würde, da hierauf durch die Reichsverfassung für die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen ein Recht gegeben ist.

### Weinheimer Brief.

#### Eine Theaterdebatte im Bürgerausschuß.

**a. Weinheim, 16. Juli.** Anlässlich der 53tägigen Schlussberatung des städtischen Voranschlags im Bürgerausschuß entspann sich zum ersten Male seit Bestehen des Stadtparlaments eine regelrechte Theaterdebatte. Zum Thema „Kunst und Wissenschaft“ wies Oberbürgermeister Hügel auf die kulturelle Notwendigkeit des Baues eines genügend großen Saales mit einer Theaterbühne hin. Ob der Saalbau von der Stadt selbst gebaut wird, so führte er aus, oder ob zu diesem Zwecke eine G. m. b. H. oder sonstige Gesellschaft zu gründen sein wird, die den Bau treibt und in der die Gemeinde sich den entscheidenden Einfluß zu sichern hat, ist eine Frage, über die man sich erst später zu unterhalten braucht. Dieser Saalbau wird einmal dazu beitragen, daß auch in unserer Stadt an künstlerischen Darbietungen das geizig werden wird, worum wir andere, selbst kleinere Städte beneiden müssen. Was seither hier an wirklicher Kunst geboten wurde, ist unter den geradezu unwürdigen Saalverhältnissen. Der Kammermusikverein in, wie auch die seit dem letzten Winter gegründete Theater-gemeinde, die heute 750 Mitglieder aufweist, haben hierüber zu klagen. Die Darbietungen der beiden Theatergesellschaften, welche die hiesige Theatergemeinde für die Vorstellungen verpflichtet hat, der Westdeutschen Bühne Karlsruhe und der Frankfurter Volksbühne stehen auf einer hohen künstlerischen Stufe. Ohne eine ansehnliche finanzielle Unterstützung durch die Stadt vermag die Theatergemeinde ihr Unternehmen nicht fortzuführen. Es wäre aber bedauernd für Weinheim, wenn man hier lediglich aus diesem Grunde auf diese Art von Kunstdarbietungen würde verzichten müssen. Deshalb beschloß der Gemeinderat, der Theatergemeinde zur teilweisen Deckung ihres voraussichtlichen Jahresbedarfs einen Zuschuß von 3000 M. für dieses Rechnungsjahr zu gewähren.

In der Aussprache übte Fabrikant Leinenkugel (Dn.) scharfe Kritik an der Theatergemeinde, weil sie das Stück „Armut“ aufführen ließ. (Dieses expressionistische Schauspiel des Wiener Dichters Anton Wildgans, des einzigen Burgtheaterdirektors, behandelt die Lebensstragödie eines kleinen Postbeamten und bringt unter anderem Szenen, in denen ein Student als Zimmermieter die Tochter des Postbeamten unter Anleitung von Unterstützung für den erkrankten Vater zu verführen sucht.) Leinenkugel bezeichnete die „Armut“ als eines der größten Schandstücke, das über die Bühne gehen kann. Wenn man hier Mittel

gewähre, so müßte es zum Besten des Volkstheaters geschehen. Für das Volk gebe es andere Darstellungen als solche.

Der Sprecher des Zentrums, Gymnasialdirektor Dr. Braun verlangte einen Einfluß der städtischen Behörden auf die Auswahl der Stücke. Im übrigen müsse er die Flucht in die Doffentlichkeit infolge der Ereignisse, als man ihm vorgeworfen habe, daß ein solches Stück wie „Armut“ hier gegeben wurde, obwohl er — Dr. Braun — im künstlerischen Beirat sei. Dazu habe er zu erklären, daß er weder dem künstlerischen Beirat angehöre, noch überhaupt Mitglied der Theatergemeinde Weinheim sei.

Der Kommunist Klaußmann protestierte gegenüber Leinenkugel dagegen, wie dieser den Dichter Wildgans und die Theatergemeinde Weinheim einschätzte. Ueberdies sei ja das Stück von der Westdeutschen Bühne aufgeführt worden, die auf örtlich-nationalem Boden steht. Der sozialdemokratische Gemerkschaftsführer Menzel bezeichnete das geäußerte Urteil als ungerecht und zu hart. Der Theatergemeinde liege jede Tendenz fern. Als Beweis ihrer Objektivität führt er an, daß sie außer der Freien Volksbühne Frankfurt auch die Westdeutsche Bühne Karlsruhe hier auftreten läßt. Rechtsanwalt Pfisterer (Dn.) bezeichnete das Schauspiel „Armut“ als Dreck, den man dem Publikum nicht bieten dürfe, wenn man es nicht zur Flucht aus der Theatergemeinde veranlassen will.

Vorsitzender Müller (Dn.) erklärte gleichfalls, daß man das Publikum mit solchen Stücken, die die Gegenstände verschärfen, statt sie zu überbrücken, verschonen sollte. Er selbst sei mit seiner Tochter in der Aufführung gewesen und habe tags darauf seinen Austritt aus der Theatergemeinde erklärt.

Schließlich wurde der Posten von 3000 M. unter der Voraussetzung bewilligt, daß die städtischen Behörden in den künstlerischen Beirat der Theatergemeinde einen Vertreter entsenden, der die Auswahl der zur Aufführung kommenden Stücke kontrolliert. Der Voranschlag für 1925 wurde mit 46 gegen 6 Stimmen in namentlicher Abstimmung genehmigt.

### Aus der Pfalz.

**tu. Grünstadt, 15. Juli.** Die Familie des Bäckers und Landwirts Jung in Öhringen hatte im Hause ein Schwein schlachten lassen, das gerade in den bereitstehenden Kübel mit kochendem Wasser gelegt werden sollte. Das 4 Jahre alte Kind der Familie Jung hielt sich in der Nähe auf und fiel plötzlich, ohne daß es jemand beobachtet, in das kochende Wasser. Das bebauernde Schwein erschöpfte sich durch Brandwunden und starb kurze Zeit darauf.

**tu. Landau, 15. Juli.** Der verheiratete Landwirt Peter Jäger von Dammheim geriet auf dem Wege von Landau nach seinem Ort unter ein Auto. Ein kurz darauf passierender Motorradler eilte dem Schwerverletzten zu Hilfe. Seine Verletzungen sind schwer.

**tu. Landau, 16. Juli.** Der verheiratete Landwirt Peter Jäger wollte auf dem Wege von Landau nach Dammheim vor einem nachkommenden Auto die Straße kreuzen, was ihm aber nicht gelang. Er kam unter die Räder des Autos und wurde so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus in Landau gebracht werden mußte.

**tu. St. Ingbert, 16. Juli.** Die 22 Jahre alte Katharina Unbehend, Tochter des Bergmannes Unbehend, fuhr auf einem mit Kohlen beladenen Wagen von Unterwürbach nach Kiesel. Sie wollte unterwegs absteigen und fiel dabei so unglücklich zu Boden, daß ihr der schwer beladene Wagen über den Oberkörper fuhr. Schwer verletzt wurde das Mädchen nach dem Knappschätzlazarett St. Ingbert gebracht, wo es seinen schweren Verletzungen erlag.

**ag. Vera, 16. Juli.** Zurzeit ist die Getreideernte in vollem Gange. Was den Körnerertrag anbelangt, bleibt dieser weit hinter den Erwartungen zurück. Mit dem Strohverlust man zufrieden. — Die Erwerbslosenfrage in dieser Gemeinde hat nunmehr ihre Lösung erreicht, da mit Schluß des Monats der Rest der Erwerbslosen aus der Fürsorge ausgeschieden.

**ag. Hühlsberg, 16. Juli.** Zum drittenmal ist es dem Pächter der hiesigen Feldbahn, Heinrich Kunz, Stuhlfabrikant in Berg, gelungen, ein Bildschwein zu erlegen, und zwar innerhalb 14 Tagen.

**tu. Weilerbach, 16. Juli.** Oberhalb Weilerbach erigte sich ein von Kaiserslautern kommender Zug. Die Lokomotive mit dem Packwagen sprang aus dem Geleise und bohrte sich in den Sand. Es kam niemandem ernstlich zu Schaden.

**tu. Pirmasens, 16. Juli.** Beim Reinigen der Gasleitung in dem Keller eines Anwesens in der Hauptstraße fanden Arbeiter die schon ältere Leiche eines neugeborenen Kindes.

**tu. Nordpfalz, 14. Juli.** In Dömbach erkrankte der Sohn des Gastwirts Erfurt. Der Verlust trifft den Vater um so härter, als ihm ein älterer Sohn durch einen Unglücksfall entziffen wurde.

**tu. Aus der Westpfalz, 15. Juli.** In einem unbewachten Augenblick stieg das 3½jährige Kind der Familie Gustav Setz in Steingruben in das 3. Stockwerk eines Neubaus und fiel herab. Den erlittenen Verletzungen ist das Kind kurze Zeit darauf erlegen.

### Aus Nachbarkländern

#### Fußsurteil im Gattenmordprozeß.

**tu. Hanau, 16. Juli.** Gestern abend wurde das Urteil gegen den Gattenmörder Max Seidel gefällt. Das Gericht erkannte auf Todesstrafe unter Verlesung der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fürtz, Frankfurt a. M., wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

**tu. Straßburg, 16. Juli.** Im Etablissement des Torcy-Film entstand ein Brand, wobei der Geschäftsführer Pfaff durch die Stichflammen der brennenden Filme getötet wurde.

# Aus dem Stadtkreise

## Der Pödenfall.

In norddeutschen Blättern erscheinen seit einigen Tagen alarmierende Nachrichten über in Süddeutschland und speziell in Karlsruhe aufgetretene Pödenfälle, und an solche Meldungen wird hier und da sogar eine Warnung vor Reisen nach Süddeutschland geknüpft. — Gegenüber diesen maßlosen Ueberreibungen sei wiederholt festgestellt, daß in Karlsruhe kein Pödenfall vorgekommen ist, sondern lediglich, wie gemeldet, eine Frau aus dem benachbarten Durlach-Anne, die in Rehl zu Besuch gewellt hatte und dort angeheilt worden ist, an Pöden erkrankte und in das Karlsruher Krankenhaus verbracht wurde. Da alle Maßnahmen getroffen sind, besteht kein Anlaß zu Besorgungen, und von einer Verleumdungsgeschichte kann nicht die Rede sein.

## Eröffnung des Luftdienstes Karlsruhe—Basel.

Ein Flugzeug der Badischen Luftverkehrsgesellschaft ist am Mittwoch zu seiner ersten Fahrt nach Basel hier aufgefliegen, um am Nachmittag auf dem Flughafen Sternfeld (Basel) zu landen. Die neue Luftlinie Karlsruhe—Basel ist von besonderer Bedeutung, weil Karlsruhe einen Ausgangspunkt im deutschen Luftverkehr bildet und somit direkten Anschluß für die Schweiz nach den wichtigsten deutschen Städten und über die Grenzen des Deutschen Reiches nach den nordischen Staaten vermittelt. Die 170 Kilometer lange Flugstrecke Karlsruhe—Basel wurde in einer Stunde und acht Minuten zurückgelegt. An der ersten Fahrt beteiligten sich Oberbürgermeister Dr. Kintner und weitere Vertreter der Stadt. Eine Delegation der Kantone Basel sowie Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und der deutsche Generalkonsul in Basel hatten sich zum Empfang der Gäste eingefunden. Der nächste Kurs Frankfurt—Karlsruhe—Basel und zurück wird am Sonntag durchgeführt.

## Eisenbahnschienen-Übergänge und Kraftwagenverkehr.

Durch die neue Reichsverordnung über die Aufstellung von Warnungstafeln für den Kraftwagenverkehr wird der seit vielen Jahren von der Kraftverkehrtreibenden erhobenen Forderung auf einheitliche Kennzeichnung der Übergänge Rechnung getragen. Restlos sind diese Forderungen aber erst dann erfüllt, wenn auch bei der Sicherung der Stellung der Schrankenbäume schienengleicher Übergänge im ganzen Reich nach einheitlichen Grundregeln verfahren wird. Bei der Reichsbahn ist diese Forderung bereits mit rot die am besten sichtbare Farbensystemumstellung erfolgt, an anderen Stellen, diese Farbensystemumstellung ist noch im Gange. Die Schrankenbäume sind jetzt vollständig weiß getrichen und selbst in feinen Abmessungen noch festzulegendes ein- bis zweifaches durchhalten, das an den Enden gegebenenfalls durch weiße Streifen unterbrochen werden kann.

# Wer verteuert die Lebensmittel?

Die Landeszentrale des Bad. Einzelhandels teilt uns mit: Unter diesem Titel veröffentlichten in den letzten Tagen einige Zeitungen in denen behauptet wurde, daß die Ursachen der Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmarkt nicht bei der Landwirtschaft, sondern in der ungerechtfertigten hohen Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis, also beim Handel, zu suchen sei. Am Schlusse des Artikels wird dann der Meinung Ausdruck gegeben, daß nur durch eine gründliche Neuorganisation und straffe Zentralisation der Preisprüfungsstellen Abhilfe geschaffen werden könne. Dagegen die Quelle dieses Artikels verschwiegen wurde, geht man nicht fehl, wenn man annimmt, daß er aus landwirtschaftlichen Kreisen stammt. Begründet ist diese Annahme durch folgenden Satz: „Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, muß jeder vernünftige denkende Mensch annehmen, daß die Landwirtschaft, um ihren Betrieb rentabel zu gestalten, einen Anreiz auf mäßige Erhöhung der Erzeugerpreise hat, während der Handel im Interesse des Gesamtwohlseins seinen Verdienst auf eine normale Basis zurückzuführen muß.“ Dieser Satz beweist aufs deutliche die Ursprungsquelle des tendenziösen Artikels, nämlich jene landwirtschaftlichen Kreise, die von jeher das größte Interesse an der Erhöhung der Erzeugerpreise gehabt haben. Das ist nicht etwa unsere süddeutschen Kleinbauern, die zur Zeit, wie so viele andere Berufsstände, tatsächlich schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, sondern die ostelbischen Großgrundbesitzer, die schon in Friedenszeiten maßgebenden Einfluß auf die Lebensmittelpreise ausgeübt haben. Es muß als eine halboffene Verleumdung bezeichnet werden, wenn behauptet wird, der Handel sei an der Verteuerung der Lebensmittel schuld, da er manchmal das Drei- bis Dreieinhalbfache der Erzeugerpreise einsteckt. Als Beispiel wird u. a. die Verteuerung des Fleisches durch den Handel eingeführt. Richtig ist, daß Karlsruhe und Mannheim ohne irgendwelches Viehproduktionshinterland teureres Fleisch haben müssen als die Städte München, Augsburg, Stuttgart, da ja neun Zehntel des Bedarfs an Fleisch von Karlsruhe und Mannheim aus den vorgenannten Städten bezogen wird und die Verlade- und Frachtkosten ganz erhebliche Beträge ausmachen. Von einer unberechtigten Verteuerung kann aber schon deswegen gar keine Rede sein, weil die Konkurrenz eine solche Verteuerung gar nicht aufkommen läßt. Die Verteuerung der Lebensmittel ist nicht auf eine Ausschmüßung der Verdiensthinne des Handels zurückzuführen, sondern in der Hauptsache auf die Aufschlag, die durch die Steuern und Abgaben, Löhne und Gehälter und die höheren Beschaffungskosten dem Handel erwachsen.

Die Eröffnung der Großen Schweizer Kunstausstellung ist auf Sonntag, den 19. Juli, festgelegt worden. Es werden ungefähr 800 Kunstwerke des 19. Jahrhunderts und der Gegenwart gezeigt werden. Die Ausstellung dauert bis zum 30. August einschließlich und kann keinesfalls verlängert werden.

**Süddeutsche Bäckerei-Fach-Ausstellung.** Vom 25. Juli bis 3. August findet in Würzburg in der Ludwigschule eine Süddeutsche Bäckerei-Fach-Ausstellung statt. Jeder Besucher wird erheitert und überrascht sein von der Vielseitigkeit und der gediegenen Aufmachung dieser Ausstellung, die zum erstenmal nach dem Kriege in Süddeutschland die Fortschritte der Technik und des Maschinenbaues für das Bäckereigewerbe vor Augen führt. Mehr als 200 Aussteller werden vertreten sein. Wegen des zu erwartenden großen Andranges empfiehlt es sich, möglichst frühzeitig bei der Ausstellungsleitung der „Südba“ in Würzburg, Ludwigschule, Quartiere zu bestellen.

**Gesellschaftsreisen.** Der freizeitlich-nationale Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) veranstaltet auch in diesem Jahre nach schönen Gebieten des In- und Auslandes Gesellschaftsreisen. Verschiedene Fahrten würden bereits im Mai und Juni durchgeführt. Reisen nach dem Harz, nach Hamburg—Helsingland, Obenwald—Schwarzwald usw. stehen noch bevor. Die Teilnehmerpreise sind äußerst niedrig gehalten. Die achtstägige Harzreise wird z. B. für 99 Mark geboten. Hotelunterkunft, Verpflegung, Bahnfahrten, Besichtigungen usw. sind in dieser Summe inbegriffen. Die Zeitchrift „Wir reisen“ enthält alle näheren Angaben und ist zum Preise von 30 Pfg. von der Abteilung Urlaubs- und Studienreisen des GDA, Hamburg 36, zu beziehen.

**Erleichterung für den Reiseverkehr mit Ostpreußen.** Eine wesentliche Erleichterung ist für den Reiseverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland erzielt worden. Die Gebühren für den polnischen Sichtvermerk zur Durchreise durch den sogenannten Korridor wurden ermäßigt wie folgt: Für eine einmalige Durchreise auf 80 Pfg., für Ein- und Rückreise auf 1,60 M. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß diese Gebühren sich auf den Durchgangsverkehr jeder Art beziehen, besonders auch auf die sogenannten offenen Züge. Für die geschlossenen (sogenannten privilegierten Züge) ist kein polnisches Visum erforderlich.

**Zusatzrente an Kriegsbeschädigte.** Bei vielen Bürgermeistern und Gemeindebehörden ist immer noch die Ansicht verbreitet, daß die Zusatzrente, die den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, sowie den Waisen, die im Falle der Bedürftigkeit gewährt wird, von den Gemeinden bzw. den Fürsorgeverbänden aufzubringen sei. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Fürsorgestellen zwar die Prüfung der Zuständigkeit vorzunehmen haben, daß aber die gesamten Mittel für die Zusatzrente aus der Reichskasse fließen. Die Zusatzrente ist ein Teil der Reichsversorgung, muß also vom Reich bestritten werden.

**Volkshauptstadt Deigheim.** Von prächtigem Sommerweber begünstigt, nahm die Volkshauptstadt am Sonntag einen glänzenden Verlauf. In dichtbesetzten Zügen brachte die Eisen-

# Beginn der Robert Batschari-Fahrt 1925.

Die Batscharifahrt nahm heute mit der Abnahme der Fahrzeuge in München ihren Anfang. Die Zuverlässigkeitsprüfung der Robert Batscharifahrt beginnt mit der 1000 Kilometer-Rundfahrt, die von München aus über Passau—Bayreuth—Schweinfurt—Würzburg—Nürnberg nach München zurück verläuft. Diese Rundstrecke muß innerhalb etwa 24 Stunden, und zwar mit vorgeschriebenen Durchgangsgeschwindigkeiten, zurückgelegt werden. Der Start der Wagen zu dieser gewaltigen Fahrt, welche Anforderungen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit an Mensch und Maschine stellt, ist in München am Freitag, den 17. Juli, nachmittags 1 Uhr. Der Weg führt zunächst über Mühldorf nach Albstadt, wo etwa um 3 1/2 Uhr die ersten Fahrer eintreffen dürften. In Passau, der ersten Kontrollstelle, liegt die Durchfahrtszeit zwischen 5 und 7 Uhr. Donauaufwärts bewegt sich die Fahrt dann nach Straubing, um über Cham, Schwandl, Amberg, Nürnberg nach Kulmbach zu kommen, das etwa um Mitternacht erreicht werden soll. Von Kulmbach geht es an den Main und Stromabwärts nach Bamberg (zwischen 2 und 5 Uhr nachts), von da nach der dritten Kontrollstelle Schweinfurt (zwischen 5 und 6 1/2 Uhr morgens). Die Strecke führt sodann nach dem zwei Stunden entfernten Würzburg und mündet sich von dort über Ansbach zur vierten Kontrollstelle Nürnberg, die zwischen 9 und 10 Uhr passiert wird. Der letzte Teil der Fahrt nimmt seinen Weg über Eisingen, Donaumörth (zwischen 11 und 1 Uhr mittags), Augsburg, Dachau nach München, wo die Ankunft zwischen 2 und 3 Uhr erfolgt.

Die Motorräder fürgen die Rundstrecke um 200 Kilometer ab und schlagen zwischen Bamberg und Nürnberg die direkte Strecke ein, so daß sie in Nürnberg bereits zwischen 2 1/2 und 4 Uhr

nachts und in München zwischen 8 und 8 1/2 Uhr eintreffen dürften.

Nach dreitägiger Unterbrechung, die zum Fortschreiten der Fahrten sowie zur Zuverlässigkeitsprüfung am Dienstag, den 21. Juli, wieder ihren Fortgang. Da über Reichenhall und durch das österreichische Alpengebiet nach Friedrichshafen a. B. fast 600 Kilometer zurückzulegen sind, ist der Start in München bereits um 3 Uhr nachts angelegt. Die Ankunft in der ersten Kontrollstelle Reichenhall dürfte daher zwischen 5 1/2 und 8 Uhr zu setzen sein. Ueber Bregenz verläuft die Strecke den Inn aufwärts nach Innsbruck und von dort wieder nach Deutschland und Garmisch zurück, wo die zweite Kontrolle zwischen 10 1/2 und 1 1/2 Uhr durchfahren werden muß. Von hier biegt die Fahrt wieder nach Österreich ab und geht über den Fernpaß, über Landeck und den Arlberg nach Feldkirch und Bregenz, um in Friedrichshafen zwischen 4 1/2 und 8 Uhr ihr vorläufiges Ende zu finden.

Die letzte, 410 Kilometer lange Tagesetappe nach Baden-Baden ruft die Konkurrenten ebenfalls wieder schon in aller Frühe, nämlich um 4 Uhr, an den Start. Singen wird zwischen 5 1/2 und 8 Uhr durchfahren, Balingen zwischen 7 und 9 1/2 Uhr, Oberndorf zwischen 8 und 10 1/2 Uhr, Tübingen zwischen 9 und 12 Uhr, so daß die Kontrolle in Stuttgart sich zwischen 11 Uhr und 1 1/2 Uhr abspielen dürfte. Die Hauptleistung des Tages ist damit geschafft. Ueber Calw bis Baden-Baden sind nur noch 100 Kilometer, allerdings noch sehr gebirgige Straßen zurückzulegen, so daß der Einzug am Endziel zwischen 3 1/2 und 6 Uhr nachmittags erwartet werden kann.

Darauf beginnt das eigentliche Baden-Badener Automobilturnier.

bahn eine große Zahl Schaulustiger aus allen Richtungen, die in unübersehbarer Zuge der Spielstätte zufrönten. Der gewaltige Zuschauerraum war nahezu bis auf den letzten Platz besetzt. Das tiefereisende Spiel, das zum Besten seiner Art gehört, machte auf alle Besucher einen unvergleichlichen Eindruck. Auf den 17. Juli vorgegebenen Sonderspieltag, zu dem auch Schulen angemessen werden, wird besonders hingewiesen.

**Der deutsche Seidenbau.** Auf der Landwirtschaftlichen Landesausstellung Sachsen, die vom 4. bis 7. September ds. J. in Dresden-Neid stattfindet, wird die Zentrale für deutschen Seidenbau in Leipzig eine alle Einzelheiten des Seidenbaues zeigende Schau veranstalten. Es sollen dabei die Judtaufschichten in ihrer gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Bedeutung dargestellt werden. Neben der Aussicht der Maulbeerplantagen will man die Erziehungsform, die Futterbeschaffung, die Behandlung der jungen Raupen, das Einspinnen usw. den Besuchern vor Augen führen. Wir haben die Öffentlichkeit in jüngster Zeit durch sachliche Artikel und Ausstellungen in unseren Schaulustigen für die Sache interessiert.

**Kallobst muß verwendet werden.** Man legt es auf einen Rasenplatz im Garten und läßt es zwei Tage in der Sonne liegen. Dadurch wird es reifer und verliert seine scharfe Säure, es bekommt Obstgeschmack. Sodann werden die Äpfel gewaschen und in Scheiben oder Viertel geschnitten und mit Wasser übergossen. Das Wasser braucht nicht ganz darüber zu stehen. Nun werden sie gekocht, bis sie gar sind und durch ein Sieb gepreßt. Der ablaufende Saft wird noch kochend heiß in gut vermilchte, feinfrei gemachte Flaschen gefüllt und luftdicht verschlossen. Diesen Saft verwendet man später zur Bereitung von Kuchen und Suppen. Das im Sieb verbleibende Fruchtmass wird durchgesehen und die viel Pfälzern eingelegt. Man kann den Geschmack dadurch verbessern, daß man vor dem Einlegen noch einige würzige voll ausgereifte Äpfel dazu gibt. Nach dem Kochen gibt man auf 3 Liter Gramm drei ein Gramm Benzoesäure in die Masse, füllt sie in die Töpfe und bindet sie zu. Die Masse hält sich dann lange, wenn die Töpfe noch einige Zeit in den heißen Backöfen geschoben werden, damit sich auf dem Fruchtmass eine Kruste bildet. Im Winter schneidet man den Dickbrei aus, mischt ihn mit Zucker und kocht ihn noch einmal zu Marmelade auf. Von September an verarbeitet man das Kallobst zu Dörrobst.

**Unfall.** Gestern nachmittag stießen Ede Stefanien und Westendstraße zwei Radfahrer gegen einander, wobei der eine, ein 16 Jahre alter Malerlehrling von hier, kürzte und das Rasenbein brach.

**Zusammenstoß.** Ede Westendstraße und Kaiserstraße fuhr gestern nachmittag ein 52 Jahre alter schmerzlicher Radfahrer von Westendstraße in einen von Mühldorf kommenden Personenkraftwagen und wurde vom Made geschleudert. Verletzt wurde der Radfahrer nicht. Sein Fahrrad wurde beschädigt.

**Diebstahl.** Auf einer Sühnbank am Schloßplatz stahl abends ein noch unbekanntes Mädchen einem durchreisenden Kaufmann aus der Prustische die Brieftasche mit 850 französischen Franken, darunter einen 500-Frankenchein. Um sachdienliche Mitteilungen an die Polizei wird gebeten.

**Verwerfliches Verhalten.** Ein 20 Jahre alter Denkmädchen von hier erlitt in verlassener Nacht beim Biertrinken einen Nervenanfall. Ein ihr zu Hilfe kommender Unbekannter rief ihr aus ihrer Handtasche ihre Brieftasche mit 5,50 M., sowie ein Kettenarmband im Werte von 6 M.

## Sport-Spiel

**Schwimmen.** **Arbeitsunterricht des X. Turnfestes.** Jeder Mensch kann schwimmen lernen. Die Angst vor dem Wasser ist unbegründet. Es soll aber auch jeder normale Mensch das Schwimmen erlernen und zwar möglichst schon in der Kindheit. Deshalb? 1. Das Schwimmen ist eine der edelsten und gesundesten Lebensübungen. 2. Die günstige Wirkung auf Haut, Muskeln, Herz, Stoffwechsel und Nerven ist eine ganz erhebliche. Die Lunge, insbesondere wird in unvergleichlicher Weise

durchgearbeitet und damit die gesamte Atmungs- und Brustmuskulatur entwickelt. Der Schwimmer verarbeitet in der Minute 51 Liter Luft gegen 8 Liter des sitzenden Menschen und 42 Liter des Bergsteigers! Ein vollkommener Fingerzeig für die so äußerst wichtige Bekämpfung der Tuberkulose! Die Deutsche Turnerschaft hat dem Schwimmen eine Priorität beigemessen, weil sie von jeher besten Wert erkannt hat. In den letzten Jahren hat der Schwimmtrieb in vollst. Sinne, in höchstem Maße innerhalb der Deutschen Turnerschaft einen gewaltigen Aufschwung genommen. Möge das Treffen der Turnerschwimmer des Kreises X der Deutschen Turnerschaft am 18. und 19. Juli dazu beitragen, dem Endziel: „Jeder Mensch, insbesondere jeder Turner, ein Schwimmer“ näher zu kommen!

### Motorport.

**Großer Preis vom Stolensee.** Die diesjährige Veranstaltung ist vom Gau 4 (Rheinland) des D.A.C. ausgeschrieben, die Durchführung jedoch dem Röhlerner Motor-Sport-Verein wieder übertragen worden. Um den Fahrern Gelegenheit zu geben, die Strecke kennen zu lernen, ist diese Mittwoch und Samstag von 4 bis 6 Uhr früh zum Training frei gegeben. Das Rennen ist offen für D.A.C., A.S.D. und F.C.M.-Mitglieder.

### Regeln.

Das 8. Süddeutsche Gauwettbewerb in Mainz findet vom 1. bis 6. August statt.

## Bom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Donnerstag, den 16. Juli 1925.  
Badische Meldungen.

Höhe über NN	Luftdruck in 7 Uhr 30 morgens	Temperatur °C		Windrichtung	Windstärke	Wetter	Nebelhöhe in Zm	Sichtweite in Zm	
		Luft	Regen						
Königsplatz	568	78,2	17	21	14	D	leicht	0	—
Karlsruhe	120	78,7	17	24	14	SD	leicht	wolk.	—
Baden	218	78,0	15	23	11	W	leicht	wolk.	—
St. Blasien	780	—	12	18	8	SE	leicht	halbbes.	5
Freiburg	1497	68,9	9	12	8	N	leicht	Rebel	0

### Außerbadische Meldungen.

Luftdruck in Meereshöhe	Temperatur	Wind	Stärke	Wetter	Nebel
Angelpitze	568,7	1	DES	leicht	Rebel
Berlin	782,2	22	Stille	—	better
Hamburg	763,8	19	ND	leicht	wolkent
Speyerberg	760,5	10	SWB	leicht	bedekt
Stadholm	764,7	22	W	leicht	wolkent
Stadenes	768,0	15	ESD	schwach	wolkent
Kopenhagen	765,1	17	ND	leicht	wolkent
Cronbo (Gardn)	762,7	18	W	leicht	better
Brüssel	762,5	19	W	leicht	wolkent
Paris	763,2	19	Stille	—	better
Jülich	763,5	15	D	leicht	Reagen
Genf	763,3	14	SD	leicht	wolkent
Pugano	761,8	27	ND	leicht	better
Genoa	763,0	18	D	leicht	wolkent
Venedig	—	—	—	—	—
Rom	761,6	22	ESD	leicht	Rebel
Madrid	—	—	—	—	—
Wien	761,3	18	SW	leicht	halbbes.
Budapest	—	—	—	—	—
Warschau	—	21	ND	leicht	wolkent
Algier	—	—	—	—	—

\* Luftdruck örtlich. \*

Die beiden Hochdruckriden über der Ostsee und den Alpen sind weiterhin abgekühlt, während beim Tief über Island heute morgen allmähliche Auffüllung zu beobachten ist. Die allgemeine Lage gleicht also im wesentlichen der gestrigen. Druckstörungen in Südeuropa und Holland werden heute für Norddeutschland Gewitter bringen, Süddeutschland dagegen weniger beeinflusst.

**Wetterausichten für Freitag, den 17. Juli:** Beschleudert bewölkt, mäßig warm, stellenweise Wärmegewitter.

**Wasserstand.**

16. Juli	15. Juli
Zahrtersinsel . . . 1,50 m	1,56 m
Rehl . . . . . 2,50 m	2,54 m
Maxau . . . . . 4,16 m	4,22 m
„ . . . . . —	mittags 12 Uhr 4,19 m
„ . . . . . —	abends 6 Uhr 4,17 m
Mannheim . . . . 2,96 m	3,09 m

